

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volkstimme erscheint an jedem Sonntag abends. — Verantwortlich Albert Raut, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. B. A. L. u. S. G. o., Magdeburg, Gr. Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse 6261 bis 6267. — Postzeitungsliste Seite 210. — Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Verkaufspreis der Zeitung monatlich 2.00 Mark, Abnehmer 1.50 Mark, Einzelpreis 15 Pf. Sonntags 20 Pf. — Anzeigenpreise: Die halbe Seite 2 mm breite Nonpareilzeile 25 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 15 Pf., die halbe Seite 10 mm breite Nonpareilzeile 1.50 Mark. — Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Verkaufspreis der Zeitung monatlich 2.00 Mark, Abnehmer 1.50 Mark, Einzelpreis 15 Pf. Sonntags 20 Pf. — Anzeigenpreise: Die halbe Seite 2 mm breite Nonpareilzeile 25 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 15 Pf., die halbe Seite 10 mm breite Nonpareilzeile 1.50 Mark. — Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Verkaufspreis der Zeitung monatlich 2.00 Mark, Abnehmer 1.50 Mark, Einzelpreis 15 Pf. Sonntags 20 Pf.

Nr. 28

Magdeburg, Donnerstag den 3. Februar 1927

38. Jahrgang

Kadef und Mussolini sind zufrieden

Die Regierungserklärung ist fertig

Berlin, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Entwurf der Regierungserklärung, die morgen im Reichstag vorgetragen werden wird, ist fertiggestellt. Wie verlautet, soll die Regierungserklärung ausführlich gehalten sein und über die Richtlinien, die die Grundlage der Kabinettsbildung bilden, noch erheblich hinausgehen. Besonders eingehend wird sich die Erklärung mit den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Punkten des kommenden Regierungsprogramms befassen.

Der Reichstag wird sich wahrscheinlich nach Entgegennahme der Regierungserklärung auf Freitag vertagen. Die Regierungsparteien werden wahrscheinlich eine gemeinsame Erklärung abgeben und weitere Redner erst vorschicken, wenn der Lauf der Verhandlungen das notwendig macht. Dagegen beabsichtigt der Zentrumsabgeordnete Dr. Wirth im Gegensatz zu seiner Fraktion, selbstständig und öffentlich seine abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Die Abstimmung über das bestimmte zu erwartende Misstrauensvotum der Sozialdemokratie soll am Sonnabend erfolgen.

Lob dem Bürgerblock

Die Bürgerblockregierung ist in schlimmer Lage. Die Presse aller Länder läßt keinen Zweifel daran, daß sich die außenpolitische Lage Deutschlands durch die Vereinnahmung der Deutschnationalen in die Regierung — besonders angeht die Umstände! — sehr verschlechtert hat. Eine erste Auswirkung zeigte sich schon bei den Entwaffnungsverhandlungen in Paris. Um so eifriger ist das offiziöse Nachrichtenbureau bemüht, freundliche Auslassungen aufzutreiben, ein Unterfangen, das freilich wenig erfolgreich ist.

Zunehmend: aus zwei Ländern kam über freundliche Aufnahme der Bürgerblockregierung berichtet werden: Rußland und Italien!

Ausgerechnet das bolschewistische Rußland fühlt sich zur Hilfeleistung für den Besitzbürgerblock berufen. Kein anderer als Kadef hat in der letzten Ausgabe der amtlichen „Zweitsija“ der neuen Reichsregierung einen Begrüßungsartikel gewidmet, in dem er das Gegenteil der

täglichen Behauptungen in der deutschen kommunistischen Presse feststellt und erklärt:

Die deutsche Realpolitik stellt ein systematisches Vordringen nach Westen und Osten dar und verfolgt den einzigen Zweck, allmählich durch Sammlung der Kräfte und Ausnutzung jeglicher Widersprüche Schritt für Schritt den Versailles Friedensvertrag zu zerstören. Die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung wird die Selbständigkeit der deutschen Politik stärken und fördern.

Wenn sich die Besitzbürgerblockregierung weigert, das Abkommen über den Achtstundentag zu ratifizieren, wenn die politische und gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit der deutschen Arbeiter weiter eingeschränkt wird, wenn Zölle und Steuern zur Belohnung der Besitzenden gemacht werden — so wird das die Folge der von den russischen Bolschewisten begrüßten, durch Beteiligung der Deutschnationalen gestärkten und geförderten Unabhängigkeit der deutschen Regierung sein, — unabhängig nämlich von den deutschen Arbeitern!

Soll begeistert ist die faschistische Presse Italiens. Vor allem das Eingreifen Hindenburgs wird von ihr als ein Schlag gegen die demokratische Verfassung gepriesen, weil sie eben darin eine Nachahmung faschistischer Methoden erblickt.

Aber diese vermutete Wesensverwandtschaft zwischen dem reaktionären Bürgerblock und dem italienischen Faschismus ist nicht einmal der Hauptgrund, weshalb das deutsche Rechtskabinett in Italien — im Gegensatz zu allen anderen Ländern — gelobt und freudig begrüßt wird. Der wahre Grund wird durch einen Kommentar des faschistischen „Lavoro d'Italia“ verraten. Dieses Blatt schreibt am 30. Januar:

Die Zusammenfassung der neuen deutschen Regierung hat die Aussichten einer direkten deutsch-französischen Verständigung auf ein Minimum herabgesetzt; Italien kann nunmehr mit Ruhe den Verlauf der Ereignisse am Rhein und an der Weichsel verfolgen.

Die faschistische Presse freut sich, daß durch die neue deutsche Regierung die Unruhe und das Mißtrauen in Europa wieder gemindert sind. — Im trüben will Mussolini fischen; auf Kosten von Deutschland und Frankreich will er seine Politik fördern.

Das Land der Bolschewiken und das Land der Faschisten sind zufrieden — das ist ein böses Zeichen für Deutschland und Europa.

Befestigungen in Küstrin und Glogau werden geschleift

Abbruch der Entwaffnungsverhandlungen

Ans Paris wird uns geschrieben: In einer Sitzung, die über eine Stunde dauerte und an der auch die deutsche Delegation teilnahm, ist am Dienstag vormittag zwischen dem Interalliierten Militärröfomitee und der deutschen Delegation eine endgültige Einigung in den noch ungelösten Punkten der deutschen Entwaffnungsfrage erzielt worden. Das Komitee übermittelt seinen Bericht sofort an die Vortragskonferenz, die von der erzielten Einigung Kenntnis nahm und offiziell feststellte, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen restlos nachgekommen ist.

Das Abkommen erstreckt sich ebenso auf die Frage des Kriegsmaterials wie auf die Frage der Ostfestungen.

Die Frage des Kriegsmaterials wird durch ein dem Reichstag vorzulegendes Gesetz, dessen Text in 12 Artikeln von der Vortragskonferenz festgelegt worden ist und in dem alle Einzelheiten hinsichtlich Herstellung, Ein- und Ausfuhr enthalten sind, geregelt werden.

Bezüglich des Uebernehmens über die Ostfestungen wird von französischer Seite folgendes festgelegt: Es wird eine Grenzzone im Osten festgesetzt, innerhalb welcher keine andern Befestigungen geduldet werden als diejenigen, die schon 1920 bestanden. Die Alliierten erklären sich aber damit einverstanden, daß gewisse Befestigungen, die seit 1920 gebaut und deren defensiver Charakter offensichtlich ist, in der Gegend von Königsberg in Preußen und Löben bei Weiden werden; dagegen sind alle andern Befestigungen um diese Städte und die seit 1920 um die Städte Küstrin und Glogau im Bau befindlichen Befestigungen zu schleifen.

Die deutsche Delegation erklärt feierlich, daß keine andern als diese Befestigungen existieren und daß sie keine weiteren bauen wird.

In einem Spezialabkommen wird genau beschrieben, was unter „Konzervernung“ der bestehenden Befestigungen in ihrem gegenwärtigen Zustand zu verstehen ist.

Zustimmung des Reichstags erforderlich

Das von der deutschen Delegation in Paris getätigte Abkommen bedarf der Bestätigung durch den Reichstag. Es ist die erste Tat der neuen Bürgerblockregierung. Den Deutschnationalen ist darob angst und bange geworden und sie bemühen sich frampfhast, die Verantwortung abzulehnen. Die deutschnationale Presse hat gegen Marx und Stresemann den Vorwurf erhoben, sie hätten die neuen deutschnationalen Minister vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Presse des Zentrums und der Deutschen Volkspartei greifen die Deutschnationalen scharf an und verweisen darauf, daß die Minister Schiele und Koch zu der entscheidenden Beratung eingeladen waren; wenn sie ferngeblieben waren, so tragen sie gleichwohl die Verantwortung.

Darüber hinaus wird amtlich festgestellt:

Der „Berliner Lokalanzeiger“ behauptete am Dienstag abend, daß beim Erlaß der nach Paris in der Frage der Ostfestungen zu richtenden Instruktionen von dem Gedanken ausgegangen sei, „die Kabinettsmitglieder, vor allem auch der Reichminister, in der Außenpolitik vor vollendete Tatsachen zu stellen“ und bezweifelt bei dieser Gelegenheit die Loyalität des Außenministers. Demgegenüber ist festzustellen, daß das Kabinett einmütig beschlossen hat, die Verantwortung für diese Instruktionen zu übernehmen, da einmal die Verhandlungen schon seit Wochen geführt wurden und kurz vor dem Abschluß standen und weiter, weil die Sachlage eine Verzögerung nicht gestattete. Die Beschlüsse des Kabinetts sind nach übereinstimmenden Vorschlägen des Reichswehrministers und des Ministers des Auswärtigen nach Anhörung des Chefs der Generalleitung gefaßt worden. Irrendwache Angriffe auf den Außenminister sind daher völlig unberechtigt.

Das neue Kabinett — unter Krach geboren — beginnt seine Arbeit mit einem Krach. Die Deutschnationalen werden ja sagen müssen zu einem Abkommen, das Deutschland verpflichtet, Befestigungen bei Küstrin und Glogau und 22 befestigte Anlagen bei Königsberg zu schleifen, insgesamt 34 Anlagen. Und wir werden erleben, daß die deutschnationale Presse es als einen Erfolg preist, daß von den 88 umstrittenen Befestigungsbauten an der deutschen Ostgrenze wenigstens 54 erhalten bleiben. —

Ein Vorposten der Demokratie

Von Karl Heinz, Wien.

Wien, 2. Februar. Am Montag abend konnte in Schattendorf (Burgenland) der geflüchtete Sohn des Frontkämpferwirtes Scharabon verhaftet werden. Er hat zugegeben, Schüsse auf die Schutzbündler abgegeben zu haben.

Gemäß den Beschlüssen der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften in Deutschösterreich wurde am Mittwoch in der Zeit von 11 Uhr bis 11.15 Uhr vormittags eine allgemeine Arbeitsruhe durchgeführt. Ausgenommen waren lediglich solche Betriebe, wo dies aus Gründen der öffentlichen Sicherheit nicht möglich ist. Auch der Dienst in den Verwaltungsbehörden wurde unterbrochen.

Es weit in rechtstehende Kreise des österreichischen Bürgertums ist man empört über das Treiben der mit Ungarn konspirierenden Faschistenverbände und den blutigen Mordfall auf den Republikanischen Schutzbund in Schattendorf.

Die österreichische Arbeiterchaft ist abermals in die Lage versetzt, ein exponierter Vorposten der Demokratie zu sein. In den stürmischen Tagen des Revolutionsjahres 1918 trat zum erstenmal an die österreichische Arbeiterchaft die große Veruchung heran, an die Stelle der eben erst errungenen demokratischen Republik die Räteherrschafft zu setzen. Ungarn war mit diesem Beispiel vorgegangen, und auch Bayern war — wenn auch nur für kurze Zeit — gefolgt; die österreichische sozialdemokratische Arbeiterchaft, deren Macht in diesen Tagen schier unbegrenzt schien, ist trotz der bittersten Not- und Lockender Verheißungen der Demokratie treu geblieben. Obwohl der östliche und der westliche Nachbar vom sicheren, aber langamer zum Ziele führenden Pfad abgewichen war, blieb der österreichische Arbeiter — trotz seines bekannten politischen Radikalismus, den er mit Vernunft wohl zu paaren weiß — fest.

Und fest blieb Oesterreich auch, als dann die Reaktion in Ungarn wie in Bayern die Demokratie mit Füßen zu treten begann. Ja, als gar in Italien, dem großen südlichen Nachbar der österreichischen Republik, der Faschismus siegte und die österreichischen Reaktionäre, ermuntert durch das Beispiel der drei Nachbarn, die demokratische Republik mit Gewalt zu stürzen sich ansetzten, schuf sich die österreichische Arbeiterchaft den Republikanischen Schutzbund. Die Begeisterung der Arbeiterchaft Oesterreichs für die Demokratie bewirkte, daß in kurzer Zeit der Republikanische Schutzbund an Stärke und Bedeutung die antidemokratischen reaktionären Kampforganisationen um ein Vielfaches übertraf. Zum zweitenmal binnen kurzer Zeit hatte so die opferbereite Entschlossenheit und Treue der österreichischen Arbeiter die Demokratie gerettet.

Die Anhänger der Monarchie und des Faschismus, das heißt der Gewaltherrschafft, gaben aber noch nicht ihre Hoffnungen auf. Sie begannen nun mit dem bisherigen „Erbschind“ zu konspirieren. Der Republikanische Schutzbund wurde durch die Reaktionäre immer und immer wieder der Entente denunziert. Auch dieser dreiste Versuch scheiterte an der geschlossenen Macht und felsenfesten Ueberzeugungstreue der österreichischen Republikaner. Nun aber setzen die österreichischen Reaktionäre ihre Hoffnungen in immer wachsendem Maße auf Ungarn und Italien, die beiden extrem reaktionären Staaten.

Nach jahrelangen ergebnislosen außenpolitischen Experimenten Mussolinis, deren wirkliche Bedeutung im umgekehrten Verhältnis zu dem Lärm stand, mit dem der Duce sie inszenierte, stellt der Okkupationsvertrag Italiens mit Albanien den ersten wirklichen — wenn auch keineswegs ungefährlichen — Erfolg der faschistischen Außenpolitik dar. Freilich ist auch er nur möglich geworden durch eine in der von Intrigen gewiß nicht armen internationalen Politik ganz ungewöhnlichen Hinterhältigkeit gegenüber Jugoslawien, das die italienischen Faschisten durch ebenso schöne wie nichtsagende Redensarten in Ahnungslosigkeit wiegten, während sie gleichzeitig den hitzigen Schlag gegen das jugoslawische Reich, den der Abschluß des italienisch-albanischen Vertrags unzweifelhaft darstellt, vorbereiteten. Denn durch den italienisch-albanischen Vertrag ist die Vorherrschaft Italiens im Adriatischen Meer in strategischer und wirtschaftlicher Beziehung gesichert — jene Hegemonie, um die Italien und Jugoslawien seit Kriegsende unausgesetzt miteinander gerungen haben. Darüber hinaus hat aber Italien durch die Okkupation Albanien, als die der italienisch-albanische Vertrag, wenn auch nicht formal, so doch faktisch anzusehen ist, sich im Rücken seines Rivalen Jugoslawien auf dem europäischen Festland einen ungemein wertvollen strategischen Stützpunkt geschaffen. Aber auch damit ist die Bedeutung des italienisch-albanischen Vertrags noch nicht erschöpfend dargestellt, der

über den italienisch-jugoslawischen Gegensatz hinaus ist die Festsetzung des faschistischen Italiens in Albanien als ein Teilerfolg der ebenso großzügigen wie gefährlichen Balkanpolitik des italienischen Faschismus zu werten. Der extreme Imperialismus Mussolinis erstreckt die wirtschaftliche und machtpolitische Herrschaft Italiens über Südeuropa wohl vor allem deshalb, weil alle sonstigen Bemühungen der Faschisten, italienischen Bevölkerungsüberschuss in Kolonien oder in Nordamerika zu placieren, kläglich gescheitert sind. Nun soll der Balkan der italienischen Industrie und dem italienischen Finanzkapital erschlossen werden, wobei vielleicht auch — besonders im Fall Albanien und Rumänien — ein gewisser Menschenexport erhofft wird.

Tatsächlich hat sich das italienische Finanzkapital in Rumänien schon eine nicht zu unterschätzende Position erworben. Die innerpolitischen Kämpfe Rumäniens sind in der letzten Zeit beherrscht von der Frage, ob das Land sich italienisch orientieren soll oder nicht lieber im Verband der Kleinen Entente, das heißt bei französischer Orientierung verbleiben soll. Obwohl die Anhänger der italienischen Orientierung, die vom Kronprinzen Carol geführten rumänischen Faschisten, bisher nicht recht durchgedrungen sind, ist doch eine merkliche Abkühlung in den Beziehungen Rumäniens zu den übrigen Mitgliedsstaaten der Kleinen Entente eingetreten. Ja, man betrachtet heute allgemein (ähnlich wie in den letzten Vorkriegsjahren Italien im Dreieck Rumänien als bereits faktisch von der Kleinen Entente abgegliedert. Dies um so mehr, als sich ständig die Gerüchte erhalten, daß der Habsburger Albrecht, der neben dem jetzt 14jährigen Otto als der einzig ernstlich in Frage kommende ungarische Kronprinz zu betrachten ist, sich mit einer rumänischen Königstochter zu verheiraten und auf diese Weise eine Personalunion zwischen Rumänien und Ungarn, dem bisherigen Hauptfeind der Kleinen Entente, herbeizuführen beabsichtigt. Wenn gleich es viel wahrscheinlicher ist, daß Otto, der Sohn des letzten Königs Karl, zum ungarischen König gekrönt werden dürfte, so ist es doch symptomatisch, daß dieses Gerücht von der Herstellung einer Personalunion zwischen Ungarn und Rumänien, die sich bisher spinnefeind gegenüberstanden haben, nicht nur auftauchen, sondern sich auch hartnäckig behaupten konnte.

Wie immer es aber auch damit stehen mag — jedenfalls hat der jüngste Terror, wohl Sieg Bethlens, des ungarischen Ministerpräsidenten — wenn nicht alle Anzeichen trügen — die ungarische Königsfrage in ein entscheidendes Stadium gebracht. Die Errichtung des Magnatenhauses, die bereits vor den letzten Wahlen erfolgte, ist wohl auch in erster Linie als ein vorbereitender Schritt zur Wiedereinsetzung der Habsburger zu betrachten. Die innerpolitischen Widerstände, die bisher der Restauration der Habsburger in Ungarn entgegenstanden haben, scheinen so gut wie überwunden zu sein. Diese innerpolitischen Schwierigkeiten bestanden ja seit dem Sturz der Habscherdynastie, angesichts der Ohnmacht der ungarischen Arbeiterklasse, lediglich in dem inneren Zwiste der Reaktiväre, die sich über die Person des Königs nicht einigen konnten. Diesem Streit über die Person kam deshalb einige Bedeutung zu, weil sich hinter der Frage, welcher Habsburger König werden soll, ernste Interessengegenstände verbergen. Nun scheint Bethlen die Anhänger Albrechts durch die Wahlen niedergedrungen zu haben, so daß Otto und mit ihm der alte feudale Großgrundbesitz zur Herrschaft gelangen dürften.

Freilich sind die außenpolitischen Schwierigkeiten, die der Wiedereinsetzung der Habsburger entgegenstehen, keineswegs völlig gelöst. Noch ist die Tschechoslowakei und auch Jugoslawien gegen jede, insbesondere aber gegen die ungarische Habsburgerrestauration. Aber Rumänien und Italien scheinen jetzt den ungarischen Königsmachern auf halbem Weg entgegenzukommen. Bethlen, der alle Widerstände, die seiner Lösung der ungarischen Königsfrage im Innern an-

garns entgegengestanden haben, niedergedrungen hat, macht sich nun an die Arbeit, die außenpolitische Situation für die Krönung Ottos vorzubereiten. Schon seit Wochen gingen Meldungen durch die Presse, die von einer Reise Bethlens nach Rom zu berichten wußten. Gegenwärtige offizielle Sympathie- und Bündniserklärungen sind zwischen Rom und Budapest in den letzten Monaten wiederholt gewechselt worden. Angesichts dieser Sachlage ist ganz klar, daß die Reise Bethlens nur den Sinn haben kann, daß sich Ungarn die Zustimmung, ja Unterstützung Italiens für die Krönung des Habsburgers sichert, wohingegen Italien das reaktive Ungarn neben Albanien und Rumänien als weiteren Stützpunkt für seine imperialistische Politik Jugoslawien und den Balkan überhaupt gewinnt. Da Italien — ähnlich wie Ungarn — sich der Patronanz Englands erfreut — wofür die jüngste Lobrede, die Churchill in Rom auf den Faschismus gehalten hat, deutlich zeugt — gewinnt die Frage der ungarischen Habsburgerrestauration sehr ernsten Charakter. Englands Politik ist natürlich keineswegs von irgendwelchen Sympathiegefühlen für die Habsburger Dynastie bestimmt; die konservative Regierung Englands will vielmehr gegenüber der Hegemonie Frankreichs in Europa alle Kräfte fördern, die der französischen Vorherrschaft entgegenzuwirken geeignet erscheinen. Das faschistische Italien steht nun bekanntlich aus einer Reihe von Gründen im Gegensatz zu Frankreich. Daher die Sympathie der englischen Konservativen für den Faschismus.

Aber selbst Frankreich hat bisher keinen entschiedenen Beweis dafür geliefert, daß es der Habsburgerrestauration unbedingt ablehnend gegenübersteht. Jedenfalls ist die Milde, die man in Frankreich anlässlich der ungarischen Frankfurteraffäre an den Tag gelegt hat, recht merkwürdig. Offenbar sind die maßgebenden Kreise Frankreichs von der Idee beherrscht, daß eine Habsburgerrestauration in Ungarn und im Gefolge in Oesterreich die Anschlussfrage negativ erledigen, und so die Stärkung Deutschlands durch die Angliederung der sechs Millionen alpenländischen Deutschen verhindert würde. Die Unrichtigkeit einer solchen Auffassung liegt klar zutage. Es bleibt auch abzuwarten, ob es dem Einfluß der Tschechoslowakei und Jugoslawiens gelingt, Frankreich zu einer entschiedeneren Stellungnahme in der ungarisch-habsburgischen Restaurationssache zu bewegen.

Für die österreichischen Republikaner und Anschlussfreunde ist diese Entwicklung äußerst bedenklich. Dies nicht nur deshalb, weil die zwei aggressivsten faschistisch-reaktionären Mächte, Ungarn und Italien, an Oesterreich grenzen und den Süden und Osten unserer Republik jederzeit mit legalen oder illegalen Militärbanden überlaufen können. Denn zu dieser geographischen Ungunst der Lage kommt noch erschwerend der Umstand hinzu, daß Jugoslawien aus nationalpolitischen Gründen ein Gegner der beiden faschistisch-reaktionären Mächte ist und unter Umständen die Verjudung sowohl für Italien wie für Ungarn sehr groß sein kann, über österreichisches Gebiet nach Jugoslawien einzufallen. Neben dieser militärisch-geographischen Gefahr ist aber die eventuelle Restauration der Habsburger Dynastie in Ungarn aus allgemein-politischen Gründen für die österreichische Republik von allergrößter Bedeutung. Es ist jedem Kenner der Verhältnisse ganz klar, daß ein Habsburger auf dem ungarischen Thron sich unzweifelhaft bemächtigen würde, auch wieder die österreichischen Alpenländer unter sein Szepter zu bringen. Schon jetzt sind in Ungarn immer wieder sehr deutliche Kennzeichen dafür zu bemerken, daß man das von Deutschen bewohnte Burgenland, das infolge der Bestimmungen des Friedensvertrags und der Ergebnisse einer Volksabstimmung zum allergrößten Teil an die österreichische Republik von Ungarn abgetreten werden müßte, mit Gewalt zurückzuerobern sich vorbereitet. Ungarn ist trotz der vom Friedensvertrag bestimmten Beschränkung des Militärs sehr stark gerüstet, so daß es der österreichischen Republik, die nicht einmal jenes

kleine Heer voll besitzt, das nach dem Friedensvertrag zulässig wäre, mehrfach überlegen ist. Erst vor kurzem hat Abgeordneter Deutsch, der Vorsitzende des österreichischen Republikanischen Schutzbundes, an Hand einiger amtlicher Dokumente, deren Zuverlässigkeit über jeden Zweifel erhaben ist, öffentlich nachgewiesen, daß in Ungarn planmäßig eine Heze für die Wiedereroberung des Burgenlandes betrieben wird und überdies mit einem beträchtlichen Kostenaufwand geheime Waffen- und Munitionsfabriken, entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrags, eingerichtet und betrieben werden. Angesichts der Schwäche der österreichischen Wehrmacht ist so der Republikanische Schutzbund das stärkste Bollwerk gegen die Gefahr einer ungarisch-monarchistischen Militärdiktatur.

Die österreichischen Faschisten setzen auf die Kooperation von Italien und Ungarn, die ernste Kriegsgeschichte erzeugt, ihre großen Hoffnungen. Sie sehen der inneren Entwicklung in Oesterreich mit Besorgnis entgegen. Die Aufdeckung einer großen Anzahl von Finanzskandalen hat das Prestige der reaktionären Parteien Oesterreichs schwer erschüttert. Nicht ganz mit Unrecht befürchten die österreichischen Monarchisten daher von dem im Herbst fälligen Neuwahlen des österreichischen Parlaments eine Stärkung der Stellung der republikanischen und anschlussfreundlichen Sozialdemokratie. Ja es ist sogar möglich, daß es zu einer sozialdemokratischen Regierung kommt. Die Faschisten hoffen aber, daß inzwischen in Budapest Otto den Thron bestiegen und dann auch in Oesterreich ein anderer Thron bestiegen wird. Die österreichische Arbeiterklasse hingegen ist fest entschlossen, eine Restauration der Habsburger mit der einzig möglichen und richtigen Lösung zu beantworten: Sozialistischer Anschluss an Deutschland! Denn nur durch die unverzügliche Aufnahme Oesterreichs in den Rahmen der deutschen Republik kann im Falle der ungarisch-habsburgischen Restauration die Gefahr kriegerischer Entwicklungen für die österreichische Republik gebannt werden. Darüber hinaus würde durch eine derartige aktive Politik der österreichischen und deutschen Republikaner nicht nur für die österreichischen Alpenländer, sondern für ganz Mitteleuropa gegenüber der ständig wachsenden faschistischen Gefahr eine dauernde Sicherung der Herrschaft der Demokratie und damit des Völkerfriedens erzielt werden.

Es gilt daher, auf der Hut zu sein! Nur durch rechtzeitiges entschlossenes Handeln kann, wenn der Faschismus zum Generalangriff übergeht, die wichtigste Errungenschaft der Revolution des Jahres 1918, die Demokratie in Mitteleuropa gerettet werden. —

Weg mit dem Brotverteuerungszoll!

Der Lebenshaltung der deutschen Verbraucher droht eine große Gefahr: täglich steigen die Preise für Roggen. Gleichzeitig werden die Vorräte an inländischem Roggen knapp und knapper, so daß mit weiteren starken Preissteigerungen gerechnet werden muß. Untätig sieht die Reichsregierung dieser Entwicklung zu. Deshalb verlangt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einem Beschlusse, daß vom 1. Februar bis 30. Juni 1927 Roggen zollfrei eingeführt werden darf.

Die Roggenpreise sind nach den Notierungen der Berliner Börse bei einem Zollfuß von 3 Mark für den Doppelzentner von 148,76 Mark im Oktober 1925 auf 185,46 Mark im Juni 1926 gestiegen. Sie stiegen dann infolge der Zoll-Erhöhung auf fünf Mark von 197,50 Mark im Juli auf 234,14 Mark im Dezember 1926.

Dazu kommt, daß nach einer Erhebung des Deutschen Landwirtschaftsrats im November der bei den Landwirten festgestellte Roggenbestand nur noch für 4 Monate zur Versorgung der Bevölkerung ausreicht, daß also, da das neue Verbrauchsjahr erst Mitte August beginnt, der Bedarf für die weiteren 4 Monate aus dem Auslande bezogen werden muß. Fast 1 1/2 Millionen Tonnen Roggen.

Georg-Kaiser-Aufführung

„Kapitän Ulla“, ein Lustspiel in drei Akten. Der Kritiker, der über den Dichter und sein Werk ein eingehendes Buch schreiben will, führt allen Erscheinungen des Dichters nach. Lösung der Festschreibung bedeutet die Entdeckung, daß der Dichter Galtach, deren Namen zu erfinden er sich mit der eigenen Frau nach Kapiermühle, Stadt und Ort nahe Paris, besaß, der Kritikers Frau ist. Eine reizvolle Idee, mit einigen Schwankheiten humorisch und leicht bearbeitet. Wäre das Stück nicht von Georg Kaiser, wäre ledernannt: ein armiges Lustspielchen. Weil es aber von Kaiser kommt, ist man ein wenig oder mehr gereizt über den Mangel an jeder höheren Bedeutung. Schier hätte die Arbeit gelohnt, aus dem geschicklichen Akten einen zu machen, und das wäre dem Stoff gemäß gewesen. Daß der Dichter, der nicht kann als das letzte Kapiermühlenspiel, es nicht zu haben ist, gibt freilich aber diesem Spiel den beiderseitigen Gehalt. Zweifelslos Dialoge, richtige Charakterisierungen, ein mit Aufwand gekonnter Diktion, die bewirkt, daß man trotz der Entdeckung, Kaiser wieder einmal hat, dem Akten für einen hübschen Romanroman das Ge zu sein. Warum sollte Georg Kaiser nicht einmal ein Lustspiel im klassischen Stil schreiben, wo bei uns die Kritiker von viel schlechteren Stücken bekämpft werden? Und das Kaiser für Diktator. Schier, sein eigenes Werk und die schwachen Gedächtnisse des Stückes die herrliche Liebesgeschichte „Kapitän Ulla“ fand, macht mit seiner erlesenen Komik den Kritiker glücklich bekommen.

Die Aufführung im Leipziger Schauspielhaus, von Fritz Schlegel inszeniert, ist mit dem trefflichen Schauspiel als Diktator, wobei ein etwas fremdartiger Erfolg. Das sämtliche Ensemble wird von der geschicklichen Diktator Aufführung geleitet. Heinrich Dieckhoff.

Konzert

Der Don-Kosaken-Chor gab am Sonntag im „Singsaal“ ein Konzert mit einem im Regener unter Programm. Dazu kam ein Konzert von dem Chor für die Frauen für das Konzert im Saal, denn tags vorher, daß der Saal unbesetzt war. Das Programm umfaßte fünf Gesänge und mehrere Klavierstücke. Die Aufführung war sehr gelungen, wobei besonders durch den Chor, der sich durch seine Gesänge, nicht nur durch den Chor, sondern auch durch die Klavierbegleitung in jeder Hinsicht glänzend bewies. Der Chor besteht aus 12 Mitgliedern.

nende Charakter dieser Musik entspricht dem jenseitigen Inhalt der Singsänge, die angevoell und brünnig bis zur letzten Note anhalten. Die Wiedergabe dieser kirchlichen Musik hielt sich in durchaus vornehmlichen Rahmen und jähre nur das Konzentrierte. Heber das gesunde Konzentrierte hinaus, ragten die weltlichen Lieder, die in jenem Maße mancherlei dynamische Feinheiten, teils raffig empfunden, teils künstlich hineingebracht, auf ein ungeschickliches Publikum aufweisend wirken mußten. Es waren Lieder, die in erster Linie Disziplin beanspruchten, differenziertes Stimmmaterial zur Geworbenheit der Effekte und Tonstärke, die allerdings nicht immer vorhanden war. Kaumlich war das Publikum über diese Art des Gesanges, die eine andere Gefühlswelt voraussetzt, erzückt und drängte auf Würdigung seines jenseitigen Wertes.

Man darf wohl annehmen, daß die Don-Kosaken unter ihrem Führer Jaroß ihren Weltzug, der, wie man hört, bis nach Australien gedragt ist, in einem späteren Konzert in Magdeburg nach weiter befähigen werden.

Oben Bodsköpfe, unten Greifenlauen

Daß die Erben Walter Rathenaus das Schloß Jägerwald in dem dazugehörigen ausgedehnten Park dem Volk geöffnet haben, ist durch die ganze deutsche Presse gegangen. Man wird sich aber kaum eine deutliche Vorstellung davon machen, was diese Schenkung als Kulturakt bedeutet. Dazu ist es nötig, die Geschichte der Entstehung dieses Schlosses zu kennen.

Das preußische Hofmarschallamt bewies damals, vor 15 Jahren, schon die Hohenzollernengenden, die jetzt bei der Auseinandersetzung mit dem geschwundenen Volk, in so hellem Lichte strahlen. Die Einrichtung des Schlosses nämlich, die historischen Möbel aus der Schatzkammer, war iach und leicht in jenen berühmten Speicher des Charlottenburger Schlosses verpackt worden, der seit der Revolution so viele Kunstgegenstände aus Staatsbesitz unter günstiger Verwaltung der „republikanischen“, das heißt von der Republik beiderseits, Kunstgegenstände vertrieben hat. Als Rathenau dagegen protestierte, stellte sich das Hofmarschallamt — wie heute die Parteien im Reichstagsparlament — unerschrocken, sammelten etwas von „Verleihen“ und „Abverhandeln“, mußten aber, dem klaren Wortlaut des Kaufvertrags entsprechend, die Möbel wieder herausgeben. Das hätte eine jähliche Firma machen sollen — wie dann unser gumbelbühlerischer Minister über „Gauter“ und „Spekulation“ gefaselt hat! Von zwei Ereignissen wollte man sich aber nicht trennen — so wenig wie die Frau Kronprinzessin von den geliebten Kammerfrauen und Statisten aus dem Schloß-

museum — man hing so an den gekrönten Adlern, die obendrauf saßen. Aber Rathenau ließ sich nicht dumm machen wie jetzt der preußische Staat, sondern ließ die angebeteten Adler abnehmen und schenkte sie den Herrschaften, die Spiegel aber, die er mit Kopien jener Adler verah, mußten die Hochgeborenen, Erstklässigen und Maaßblütigen herausstücken.

Und das ist ein großes Glück. Auf diese Weise ist uns eine ganz einheitliche Kunstschöpfung aus der klassizistischen Epoche, also aus der Zeit um 1800, rein und unverfälscht erhalten geblieben. Und das wäre sie bestimmt nicht, hätten die Hohenzollern noch weiter darüber zu verfügen gehabt. Man hat Beispiele dafür, wie verständiglos, ja vandalisch dieses selbe königliche Hofmarschallamt, dessen Anhänglichkeit an die Freiwalden Möbel in diesem Zusammenhang noch viel schäbiger erscheint, mit der Architektur der Empire und der Wiedererweckung umsprungen ist. Die schlichte bürgerliche Gediegenheit und Sachlichkeit, die in der napoleonischen Epoche den Glanz und Prunk des Hofes verdrängte, war so gar nicht nach dem Geschmack Wilhelms des Kronprinzen. Während man überall sonst, angewidert von dem Schwindel der nachgeäfften „historischen“ Stile, diese grundanständige und ehrliche Wohnkultur unserer Urgroßväter zum Vorbild nahm, mußten die Berliner Hofschranzen schändliche Dekorationen maskieren oder gar ganz entfernen. Als der Hofmarschall am Königsberger Schloß, wo er für den „Allerhöchsten Kriegsherrn“ Quartier machen sollte, einen klassizistischen Vorraum erblickte, fiel er beinahe in Ohnmacht und rief hervor: „Um Gottes willen, Schinkel, was wird da Majestät jagen!“

Und als „Majestät“, der Schirmherr der Kräfte von der Hofkönigsburg bis zur Siegesallee und dem Berliner Dome, Walter Rathenau fragte, in welchem Teile das Freiwalden Schloß, für das dieser sich warm interessierte, gebaut sei — Willi konnte unmöglich alle Schloßler kennen, die er notwendig brauchte — und Rathenau in seiner Antwort den Namen „Schinkel“ erwähnte, da lächelte er überlegen und mitteilend:

„Ach ja, Schinkel! Also oben Bodsköpfe unten Greifenlauen!“

Solche Ausprüche müssen aufbewahrt werden. Zeigen sie uns doch, was wir alles an Jhm verloren haben! S. S.

„Da san ma wieder!“ jagt der bayrische Liberalismus auf dem lustigen Arnold-Bild im neuen „Simplicissimus“. Den „Königen“ Demela behandelt noch einmal Thöns; Schilling zeichnet den kriegerischen Antel Sam, Heine widmet dem „Kommentarfilm“ eine lustige Simpi-Woche und Peter Scher erzählt ein „Cubanisches Erlebnis“.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei einer Aufrechterhaltung des Roggenzolls die Roggenpreise in den nächsten Monaten noch stärker steigen werden als bisher. Teurer Roggen aber ist teures Brot. Bereits auf Grund der bisherigen Preisentwicklung des Roggens sind die Brotpreise gestiegen.

Der sozialdemokratischen Forderung nach vorübergehender Aufhebung des Roggenzolls kann um so eher entsprochen werden als die Landwirtschaft ihre Ernte zum überwiegenden Teil bereits im Dezember verkauft hatte und den Restbestand spätestens bis zum 1. April völlig ausverkauft haben dürfte. Sie hat somit Gelegenheit gehabt, ihre Ernte zu beispiellos hohen Preisen zu verwerten. In dem Augenblick, wo die Inlandsernte aufgezehrt ist und wo die Getreidebauern des Auslandes sich anschicken, aus unjrer Notlage Spekulationsgewinne herauszuschlagen, wäre es sinnlos, den Zoll noch länger aufrechtzuerhalten. Die Massen der deutschen Bauern würden nicht den geringsten Vorteil davon haben, die ohnedies sehr gefährdete Lebenshaltung in den minderbemittelten Familien würde vollends darunter zusammenbrechen.

Die Aufhebung der Zölle für den Rest des Erntejahres ist daher eine dringliche Notstandsmaßnahme.

Eine Erklärung Chinas

Die chinesische Gesandtschaft in Paris veröffentlicht in der Presse ein bedeutungsvolles a m t l i c h e s Kommuniqué, in dem sie sich gegen die in Europa verbreitete Ansicht wendet, daß die gegenwärtigen rein nationalen Bewegungen in China „bolschewistischen“ Charakter haben. Das chinesische Volk, das auf eine glorreiche Geschichte von über 4000 Jahren zurückblicken könne, verteidige nur seine nationale Unabhängigkeit. Man versehe deshalb auch nicht, warum England Truppen nach China entsende.

Mit Befriedigung stelle man demgegenüber in China die „freie und offene Haltung“ der andern Nationen dem chinesischen Volk gegenüber fest vor allem Amerikas und Japans. Gerade Japan habe erfreulicherweise seine frühere Haltung geändert und werde das in Zukunft nicht zu bereuen haben.

Was Frankreich anbelange, so sei es das erste Land gewesen, das erklärte, neutral zu bleiben. Die französischen amtlichen Stellen hätten aber geglaubt hinzuzufügen zu müssen, daß sie die Bildung einer stabilen Regierung in China abwarten, um dann dazu Stellung zu nehmen. In China sei man darüber enttäuscht gewesen, denn Frankreich verfüge dort über ein großes moralisches Ansehen und man hätte es lieber gesehen, wenn es von Anfang an eine klare und unzweideutige Haltung gegenüber China eingenommen hätte.

Abbruch der Verhandlungen

Die Verhandlungen zwischen dem britischen Delegierten in China und dem Außenminister der Kantonregierung, die sich seit Wochen in Hankau hingezogen haben, sind jetzt zusammengebrochen. Tschien hat sich gewiegert, ein Abkommen mit Großbritannien zu unterzeichnen, solange Großbritannien fortfährt, Truppen nach Schanghai zu entsenden.

Damit hat sich die Kantonregierung mit der Zentralregierung in Peking in der Forderung nach der Zurückziehung der Truppen solidarisch erklärt.

Dieser Widerstand gegen die britischen Truppen ist jedoch nicht auf die Chinesen beschränkt geblieben. Wie die britischen Korrespondenzbüros am Dienstag aus Schanghai melden, haben die amerikanischen Behörden Schanghais dagegen protestiert, daß die britischen Behörden in kommunalen Gebäuden untergebracht werden, da diese Gebäude nicht britische, sondern internationale Eigentum wären. Die britischen Behörden haben sich nunmehr entschlossen, als Truppenkonzentrationslager einen Platz zu bestimmen, der außerhalb der Konzession und auf rein chinesischem Boden liegt.

Englands Chinapolitik

Die Absicht Englands, beäntigend auf die öffentliche Meinung in England sowohl wie in der ganzen Welt zu wirken, kommt sehr deutlich durch die nachfolgende Rede Chamberlains zum Ausdruck.

In einer Rede in Birmingham jagte der englische Staatssekretär des Neußern Chamberlain über die Lage in China folgendes:

„Alles Gerede über britischen Imperialismus sei Unsinn. Im fernen Osten seien die Engländer auf jeden Fall eine Nation von Krämer und wünschten nichts, als ihre Läden offen zu halten und in guten Beziehungen zu ihren Kunden zu leben. Wir sind uns nicht weniger als die patriotischsten chinesischen Nationalisten klar darüber, daß die alten Verträge nicht mehr zeitgemäß sind und wir wünschen, unsere Beziehungen zu China auf eine neue Grundlage zu stellen, die der gegenwärtigen Zeit entspricht.“

Wir hofften, es würde möglich sein, hierüber mit einem unter einer Zentralregierung geeinten China zu verhandeln. Eine solche Regierung gibt es gegenwärtig nicht, aber die Forderung nach Revision der Verträge ist so dringend geworden und ist im Grunde so vernünftig, daß wir versuchen müssen, über diese Veränderungen mit den beiden miteinander streitenden Regierungen mitten im Wirrwarr des Bürgerkriegs zu verhandeln.

Die wichtigsten Dinge, die die Chinesen an dem alten Vertragssystem geändert zu sehen wünschen, sind erstens die Exterritorialität, auf Grund deren Ausländer nur von ihren eignen Gerichtshöfen und nach ihren eignen Gesetzen abgeurteilt werden können, zweitens die Tarifbestimmungen, auf Grund deren China keine Abgaben auf ausländische Güter erheben darf und dritten die nahezu unabhängige Stellung der Konzessionsgebiete.

Wir sind bereit, in allen diesen Punkten Änderungen vorzunehmen, denn das gegenwärtige System ist veraltet, dem gegenwärtigen Zustand nicht mehr entsprechend und bietet nicht länger Schutz für unsere Kaufleute.

Vor zwei Tagen ist von unserm Vertreter den chinesischen Behörden, sowohl im Norden wie im Süden, ein Vorschlag zugestellt worden, in dem die britische Regierung

sich bereit erklärt, die modernen chinesischen Gerichtshöfe (ohne Einschluß eines britischen Beamten) als kompetente Gerichtshöfe für Streitfälle anzuerkennen, die von britischen Klägern vorgebracht werden.

Die britische Regierung erklärt sich auch bereit, in britischen Gerichtshöfen in China die bestehenden modernen chinesischen Zivil- und Handelsgesetze zur Anwendung zu bringen. Wir werden noch weiter gehen als dies, sobald die chinesischen Gesetzbücher und die chinesische Rechtspflege bereit sind.

Was die chinesischen Steuern betrifft, so sind wir bereit, zuzugestehen, daß britische Untertanen zur Bezahlung der regelmäßigen chinesischen Steuern herangezogen werden, wobei es aber keine unterschiedliche Behandlung gegen britische Staatsangehörige oder Güter geben darf. Dies würde einschließen Steuern, die nach einem nationalen Tarif erhoben werden, sobald ein solches Gesetz verkündet worden ist.

Was die Konzessionsgebiete betrifft, so sind wir bereit, örtliche Vereinbarungen abzuschließen auf Grundlage der besonderen Verhältnisse in jedem Hafen. Die Verwaltung würde entweder mit dem benachbarten Gebiet unter chinesischer Kontrolle verschmolzen werden, oder es würde irgendeine andre Methode zu finden sein, um die Verwaltung den Chinesen zu übertragen, wobei der britischen Gemeinde eine Stimme in Gemeindeangelegenheiten gesichert werden würde.

Im Jahre 1925 habe ich erklärt, wir würden China auf halbem Weg entgegenkommen. Sie werden sehen, daß wir in diesem Programm noch weiter gehen wollen als bis zum halben Weg, aber ich bin sicher, daß es recht und vernünftig ist, dies zu tun.

Zur gegenwärtigen Augenblick könne es keinen neuen Vertrag geben, denn ein solcher könne nur unterzeichnet und ratifiziert werden, wenn eine anerkannte Regierung vorhanden sei. Infolge des Bürgerkriegs sei Großbritannien nicht in der Lage, irgendeine Regierung in China als die Regierung des ganzen Landes anzuerkennen.

Wir können die Kantonregierung nicht als Regierung eines Teiles von China anerkennen, denn das würde bedeuten, daß wir die Teilung Chinas anerkennen, und jeder Chinese würde uns dies verübeln. Wir können die Behauptung der Kantonregierung, sie sei die einzige Regierung Chinas, nicht als richtig anerkennen, da es den Tatsachen nicht entspricht. Kanton beherrscht nur den dritten Teil Chinas sowohl nach der Bevölkerung als auch nach dem Gebiet.

Am Ende seiner Rede sagte Chamberlain: Ich begrüße aufs herzlichste den Wunsch des nationalistischen Ministers des Neußern Tschien nach Verhandlungen und erwidere ihn, damit Vertrags- und andre Fragen auf der Grundlage wirtschaftlicher Gleichheit und gegenseitiger Achtung vor der politischen und territorialen Souveränität der andern Seite geregelt werden. Chamberlain schloß mit der erneuten Versicherung, daß man Verständnis für die Wünsche des chinesischen Nationalismus und für den vernünftigen Wunsch Chinas „China für die Chinesen“ habe. Er drückte die Hoffnung aus, daß die Chinesen die britischen Verträge durch die zwischen Nationen üblichen Mittel der Verhandlungen und Vereinbarungen erörtern würden. Er hoffe ernstlich, daß kein neuer Zwischenfall vorkommen werde, der die Aussicht nach einer friedlichen Regelung vereitelte.

Telegramme erbeten!

Die Deutschnationalen sind durch die Vorgänge bei der Regierungsbildung arg in die Klemme geraten. Um die kassenjämmerliche Stimmung bei ihren Wählern zu heben, sind sie auf die Idee verfallen, sich einen Telegrammregen aus dem Lande zu bestellen, und zwar ausgerechnet mit begeisterten Telegrammen aus Arbeiterkreisen wollen die deutschnationalen Redner im Reichstag und ihre Presse aufwarten. Wie dies gemacht wird, zeigt folgendes Rundschreiben:

Deutschnationaler Arbeiterbund.
Bernburger Straße 24.1.
Berlin SW 11, den 31. Januar 1927.

An die Ortsgruppen des Deutschnationalen Arbeiterbundes.
Nicht für die Presse!

Werte Kollegen!
Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat auf Vorschlag des Vorstandes des Deutschnationalen Arbeiterbundes das Mitglied unßers Bundesvorstandes Arbeitersekretär Dr. h. c. Koch, M. d. R., zum Reichsverkehrsminister gewählt. Er ist als solcher vom Herrn Reichspräsidenten bestätigt. Durch diese Wahl ist nicht nur eine hohe Ehre unßers Kollegen sichergestellt, sondern die Fraktion hat damit sichtbar aller Welt bewiesen, daß die Partei die deutsche Arbeiterschaft auf allen Gebieten des Staatslebens, bis in die oberste Leitung des Reiches, als völlig gleichberechtigt betrachtet und behandelt.

Wie teilen den Kollegen diesen erfreulichen Vorgang mit und möchten anregen, daß der deutschnationale Reichstagsfraktion, zu Händen des Grafen v. Westarp, Berlin, Reichstag, für diese Wahl unßers Kollegen ein kurzes Zustimmungsschreiben oder Telegramm übermittelt wird. Wir erbitten eine Vertätigung, daß dieses Schreiben dort eingegangen ist.

Der Bundesvorstand des Deutschnationalen Arbeiterbundes.
Hartwig, M. d. R., Bundesvorsitzender.

Der Herr Graf haben befohlen! Also werden die „nationalen“ Arbeiter die Hände an die Hofjennast legen und begeistert telegraphieren: Hurra! der Regierung des Volksherrschers! —

Haushalt der Forstverwaltung

Am Dienstag wurde im Hauptauschuß des Preussischen Landtags der Haushalt der Forstverwaltung beraten. Verschiedene Redner brachten Beschwerden hinsichtlich der Wirtschäden vor. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei wandte sich gegen die Einfuhr polnischer Holz, die statt auf die Preise für deutsches Holz drückt.

Abg. Kraß (Soz.) ging auf das Forstkulturgeß ein und bezeichnete die Vorlage dieses Gesetzes für außerordentlich dringlich.

In längeren Ausführungen legte der Landwirtschaftsminister Dr. Steiger dar, daß die Einfuhr polnischer Holz nur unter Bedingungen erfolgen dürfe, die für Deutschland tragbar sind; insbesondere sei notwendig, den Holzbedarf in Deutschland durch

Verbilligung der Frachttaxe zu erleichtern. Für die Tarifermäßigung kommt nach den Darlegungen des Ministers besonders das Grubenholz in Frage.

Sichtlich der Verhältnisse betonte Doktor Steiger, daß die Forstbetriebsaufbahn im Gegensatz zu der Oberförsterlaufbahn gegenwärtig noch sehr ungünstig ist. Auf Grund der gegenwärtigen Verhältnisse ist nach Auffassung des Ministers die Trennung der Forstsekretärlaufbahn von der Försterlaufbahn unvermeidlich. Der Minister gab weiter zu, daß die soziale Lage vieler Förster noch sehr schlecht ist.

Gesetz über Kriegsgerät

Die Reichsregierung wird im Reichstag schon in den nächsten Tagen auf Grund der mit der Interalliierten Militärkontrollkommission getroffenen Vereinbarungen über die Ausfuhr und Lagerung von Kriegsgerät ein Gesetzentwurf zugehen lassen, in dessen § 1 die Herstellung und Lagerung von Kriegsgerät verboten wird. Auch Kriegsgerät für inländische Verwendung darf weder hergestellt noch aufbewahrt, noch gehandelt werden. Im § 3 wird im einzelnen aufgeführt, welche Waffen und welche sonstigen Geräte im Sinne des Gesetzes als Kriegsgerät anzusehen sind. Es handelt sich im großen und ganzen um ein Ein- und Ausfuhrverbot aller modernen Kriegsmittel bzw. ihrer Zubehörteile.

Der § 4 bezeichnet eine Reihe von Erzeugnissen, deren Aufbewahrung und Lagerung im Lande, nicht jedoch die Ausfuhr verboten ist. Unter diesen Paragraphen fallen auch Kriegsspezialmaschinen. Die Bestimmung des ganzen Gesetzes findet keine Anwendung auf die von amtlichen deutschen Stellen erteilten Inlandaufträge. Wer dem Gesetz zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Haft oder mit Geldstrafe bestraft.

Die Verantwortung für diesen Gesetzentwurf tragen auch die Deutschnationalen und sie werden ihm im Reichstag zustimmen müssen, wenn sie die neue Regierung nicht hochfliegen lassen wollen. —

Notizen

Banderwelle bei Briand. Der belgische Außenminister Banderwelle ist am Dienstag in Paris eingetroffen. Er wird eine Aussprache mit Briand haben über die von der französischen Regierung beabsichtigte Wiedereinführung des Passzwangs für belgische Arbeiter, die in Nordfrankreich in der Textilindustrie arbeiten. Gleichzeitig glaubt man, daß Belgien und Frankreich sich über ihre Haltung den chinesischen Wirren gegenüber aussprechen werden. —

Bochumer Waffenandal. Die in Bochum erfolgte Verhaftung von mehreren Mitgliedern rechtsradikaler Organisationen wegen Entwendung von Waffen aus der Waffenkammer der Schutzpolizei hat großes Aufsehen erregt. Die jungen Leute hatten diese Waffen ihrem Verbands abgeliefert. Außer ihnen wurde ein Schutzpolizeiwachmeister unter der Beschuldigung der Begünstigung oder Mittäterschaft in Haft genommen. —

Depeschen

Zentrumsrebell

Breslau, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Führer der Windthorstbünde Oberschlesiens haben einstimmig folgende Resolution gefaßt:

„Der Gau Oberschlesien der Deutschen Windthorstbünde steht der neuen Regierungskoalition völlig verständnislos gegenüber. Wir erachten die einseitige Verbindung mit Parteien, die sich noch vor wenigen Tagen als schärfste Gegner der Republik und als unentwegte Vorkämpfer der Monarchie bekannt und betätigt haben, als eine innere Unmöglichkeit und als eine ernste Gefahr für den Bestand der Republik und können den rein parteitaktischen Versprechungen der Rechtsparteien keinen Glauben schenken. Die neue Koalition untergräbt nicht nur das Vertrauen unserer Zentrumsreihe zu ihrer Partei, sondern auch das Vertrauen der Volkskreise, mit denen die Partei Jahre hindurch in den schwersten Schicksalsstunden die erste und fruchtbarste Arbeit an der jungen Republik geleistet hat.“

Gegen Mussolini

Berlin, 2. Februar. Aus Innsbruck wird gemeldet, daß dort auf Grund der kürzlich erfolgten Verhaftung des Südtiroler Rechtsanwalts Dr. Koldin eine Protestversammlung stattfand, die von mehreren tausend Personen besucht war. Die Versammlung zog zum italienischen Konsulat, wo sich ihr die Polizei entgegenstellte. Es wurden Rufe laut: „Nieder mit Mussolini, hoch Koldin!“ In den Straßen der Stadt herrschte bis in die späten Abendstunden hinein eine lebhafte Bewegung, ohne daß die Polizei der Lage Herr wurde.

Koldin wurde von den faschistischen Behörden in Südtirol verhaftet und ohne Gerichtsurteil zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er sich auf italienischem Boden in dienstlicher Eigenschaft wiederholt der deutschen Sprache bedient hatte. Am Montag ist übrigens ein alter Lehrer ebenfalls diesem „Verbrechen“ zum Opfer gefallen. (Was gedenkt die jetzt im Amt sitzende „nationale Regierung“ dagegen zu tun?)

Stresemann verreist

Berlin, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird seine mehrfach angekündigte und immer wieder verschobene Reise nach dem Süden, wie nunmehr amtlich mitgeteilt wird, Anfang März im Anschluß an die Genfer Ratstagung antreten. Der Minister gedenkt einen mehrwöchigen Urlaub an der Riviera zu verleben, will aber auf seiner Reise Italien nicht berühren. Eine Zusammenkunft mit Mussolini ist allem Anschein nach nicht in Aussicht genommen. —

Aushebung einer Falschmünzwerkstatt

Wb. Altona, 2. Februar. Der Altonaer Polizei gelang es, die Hersteller der in Hamburg in Kurs gesetzten falschen 2-Mark-Stücke zu entdecken und ihre Werkstatt auszuheben. Zwei Händler hatten in einem Lumpen Keller eine Falschmünzwerkstatt mit allen erforderlichen Werkzeugen eingerichtet. Einige hundert fertige und halbfertige falsche Geldstücke wurden vorgefunden und beschlagnahmt, ebenso die Werkzeuge und das Material. Gegen die beiden Händler sowie gegen eine weitere Anzahl Personen wurde ein gerichtliches Verfahren eingeleitet. —

Opfer der Arbeit

Paris, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In einer Zärberei eines kleinen Ortes der Vogesen ereignete sich eine schwere Kesselexplosion. Durch die Kraft der Explosion wurde das ganze Kesselhaus zerstört. Von den Arbeitern wurden fünf getötet und sieben schwer verletzt. —

Magdeburger Angelegenheiten

Arbeitslosigkeit und Ueberstundenarbeit

Das städtische Presseamt schreibt uns:
Der Ortsausschuß Magdeburg des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes ließ vor kurzem einen Artikel erscheinen, der sich mit den vielen, in Magdeburg geleisteten Ueberstunden beschäftigt. Ohne zum Artikel selbst Stellung zu nehmen, sei doch auf folgendes aufmerksam gemacht: Die Folgen der langanhaltenden und umfangreichen Erwerbslosigkeit können auch dadurch etwas behoben werden, daß Arbeitgeber wie Arbeitnehmer versuchen, die Draußenstehenden mit am Produktionsprozess teilnehmen zu lassen.

Wenn beispielsweise in der Metallindustrie in einer Woche 5379 Ueberstunden geleistet sein sollen und dem auf der anderen Seite die Zahl der in derselben Industrie vorhanden gewesenen 3044 arbeitslosen Kräfte gegenübergestellt wird, darf wohl angenommen werden, daß ein großer Teil der Ueberstundenarbeit durch vorübergehende Einstellung von Arbeitskräften hätte vermieden werden können. Mehrlich liegen die Verhältnisse auch in den übrigen Industrien.

In der Lebensmittelindustrie sollen in einer Woche an die 18000 Ueberstunden geleistet werden sein, während rund 700 Kräfte brachliegen. In den Gastwirtschaftsbetrieben waren 226 Stellungslosse zu verzeichnen, während in einer Woche 2766 Ueberstunden geleistet wurden. Das Bild könnte beliebig erweitert werden, um darzulegen, wie überall durch Einschränkung der Ueberstundenarbeit Erwerbslose in Arbeit gebracht werden könnten. Nimmt man außer den genannten Industrien noch die chemische Industrie, das graphische Gewerbe, das Bekleidungs- und Textilgewerbe, Verkehr und Handel, die Reichsbahn, die Gemeindebetriebe hinzu, so soll sich insgesamt in einer Woche eine Ueberstundenzahl von rund 50000 ergeben haben, während in den gesamten, hier aufgezählten Industrien und Berufen gut 7500 Arbeitskräfte erwerbslos gemeldet waren.

Es soll nicht bestritten werden, daß in gewissen Fällen Ueberstunden nicht zu vermeiden sind; aber ebenso unbestreitbar ist, daß ein großer Teil der Ueberstundenarbeit durch vorübergehende Einstellung von Arbeitskräften geleistet werden kann und daß geeignete Arbeitslose in reichlicher Auswahl zur Verfügung stehen.

Es wird darum auch an dieser Stelle erneut an alle in Frage kommenden Kreise die dringende Bitte gerichtet, der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit steuern zu helfen. Gerade jetzt hat die Arbeitslosigkeit in Magdeburg wieder eine derartige Höhe erreicht, wie sie Jahre hindurch vorher nicht vorgekommen war. Durch Einschränkung der Ueberstundenarbeit sowohl als durch Ausschaltung der Doppelverdiener ist es zweifellos möglich, den Arbeitsmarkt um einige hundert Kräfte zu entlasten. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sollten das allergrößte Interesse haben, hieran mitzuhelfen, da ja die Herabminderung der Kosten für die Erwerbslosenfürsorge und den Arbeitsnachweis in ihrem eignen Interesse liegt.

Vom Mönch zum Freidenker

Dieses Thema hatte am Dienstagabend zu einer öffentlichen Versammlung des Vereins für Freidenkertum und Gewerkschaftung eine große Menschenmenge angelockt. Redner war der ehemalige bairische Vater Amon. In mehr als zwei Stunden wollte der Redner aus seinem Leben und von den Uswachen seiner Wandlung vom katholischen Geistlichen zum Freidenker erzählen. In der halben Zeit, aber in konzentrierter Form, hätte er mit seinen Ausführungen noch größere Wirkung bei den Zuhörern erzielt. Es ist, gelinde gesagt, unbillig, Menschen, die tagsüber schwer schmeifen müssen, ohne Grund um eine Stunde ihrer Nachtruhe zu bringen. Amon wies im Anfang seiner Ausführungen darauf hin, daß er keine Sensationen aus dem Klosterleben erzählen werde. Sondern den Klostermannern leben Menschen, nichts als Menschen. Unter dieser Erkenntnis müssen die Träger der Kirche betrachtet werden.

Dem Andenken Georg Trakls

Am 3. Februar dieses Jahres würde Georg Trakl seinen 40. Geburtstag feiern, hätte nicht ein früher Tod ihn hinweggenommen aus dieser Welt, die sein Dichtertum nicht erlang. In der Wirklichkeit unserer Zeit vermag der Dichter als Kampfer zu leben mit leuchtender Gestalt Wege wissend, jenem andern Dichter aber, der das Leben selbst Sprache werden läßt, durch sie dessen Schönheit, dessen Vollendung unklammernd sprechen lassen möchte. — Die dem Dichter erzieht eine andersgeartete Welt das Wort, diesem spricht sie jedes Daseinsrecht ab. Das Wissen um diesen Zwiespalt, dieser tiefe Gram ist Trakl zum frühen Grabe. Im Jahre 1914 starb er in geistiger Umwandlung — zwar nicht ein Opfer des Krieges, so doch einer sinnlos gewordenen Welt. Seine Sinne trübte die Sinnlosigkeit um ihn her.

Ueber alle Dichtungen Trakls ist der dunkle Fehler verbreitet, der ihn selbst schließlich ganz einhüllte: Verfall. Seine Dichtung ist Umwandlung des einen: Sinnlosigkeit der Welt um ihn her. Durch seine Augen geht sie in ihn ein, wohin er nur schaut, und in ihn eingegangen drängt sie aus ihm hinaus in einer Sprachlosigkeit, die ihr die letzte Bitterkeit und Herbe nimmt, die den Verfall in unmenichlicher Güte mit einem Hauch zu verklären weiß. Das erste Gedicht in der Gesamttausgabe gibt das Thema an, das überall wiederkehrt, in andern Bildern gesehen, in andern Tönen gehört:

Verfall.

Am Abend, wenn die Glocken Frieden läuten,
Hör ich der Vögel wunderbaren Klagen,
Die lang gescharrt, gleich frommen Pilgerzügen
Entschwinden in den herzhilfen klaren Weiten.
Hinwandelnd durch den dämmervollen Garten
Träum ich nach ihren helleren Geschichten
Und fühl' der Stunden Reiter kaum mehr rüber
So folg ich über Wolken ihren Jahren.
Da macht ein Hauch mich von Verfall erzittern.
Die Amstel fließt in den entlaubten Zweigen.
Es schwankt der rote Wein an rosigem Sittern
Nebst wie blauer Kinder Todesreigen
Um dunkle Brunnenränder, die erwirkern
Im Wind sich fröhlich blaue Asten neigen.

Es verläßt ihn nie ganz. Er sieht es in schneehellen Tavernen eines Wirtshauses, hört es im Klirperklang von Geld. Aus seinen Wimmern trerer Engel mit forschenden Flügeln. Der Schrei der Ratten geht über den Hof. Eine junge Magd senkt die

Man darf sich hier nicht an Neugierigkeiten stoßen. Der Glaube des einzelnen ist Privatsache. Und interessiere nur die Frage: Wie stehen die Menschen zu den Zeitgeschichten und was geht in ihnen vor? Der Begriff Freidenker ist heute gleichbedeutend mit Arbeiterbewegung. Die Meinung ist landläufig geworden, daß ein Sozialist kein Kirchenmitglied mehr sein kann. Aus dieser Ansicht erklärt sich die Kirchenaustrittsbewegung seit der Revolution.

Von seinem Leben berichtet Amon: Ich bin unter bairischen Bauern gläubig aufgewachsen. Mit voller Lieberzeugung habe ich das Mönchsgewand angelegt. In der stillen Klosterzelle habe ich gerungen um die Erkenntnis letzter Fragen wie nach dem Sinne des Lebens und Klarheit um das ewige Warum im Menschen-schicksal. Als Seelsorger mitten in das Geschehen hineingestellt, kamen mir angeichts der Not, besonders unter den nordbayerischen Heimarbeitern, Zweifel über Zweifel daran, daß ein lieber Gott so willkürlich und auch so furchtbar das Menschen-schicksal bestimmen kann. Ist es richtig, daß man alle Not auf Erden geduldig ertragen müsse im Hinblick auf die Freuden des Jenseits? Hier und später als Präses des katholischen Arbeitervereins kam mir mehr und mehr die Erkenntnis, daß die Organisationen aller Kirchenrichtungen den Mächten des Mächtsdienens dienen und daß nur ein Zusammenkommen aller arbeitenden Menschen zu einer Macht andere Verhältnisse schaffen kann. Der Hinweis auf das Jenseits ist gleich einem Nebel, der um die Hirne gelegt wird. Unter schweren innern und äußern Kämpfen habe ich mich dann losgesagt von der Kirche und vom Glauben meiner Kindheit für mich gilt heute nur noch das Evangelium: Die Menschen sollen hier auf Erden als Menschen leben!

Amon ging dann auf Fragen der Kindererziehung und den Inhalt und die Triebkräfte der Arbeiterbewegung ein. Die Kinder müssen in Wahrheit über das Leben aufwachen. Sie sind ein scharfgeschliffener Spiegel, der die Eltern widerspiegelt. Die Arbeiterbewegung ist entstanden und gewachsen als Reaktion auf die soziale Not, die der Kapitalismus schafft. Die Menschen wollen Menschen sein. Die Erkenntnis, daß restlose Erfüllung nur möglich ist mit Wendung des jetzigen Wirtschaftssystems, bringt die Arbeiter zum Sozialismus. Die Morallehren des Christentums und der zehn Gebote sind in Wirklichkeit heute nur noch in der Arbeiter-schaft lebendig. Bislang ist die Arbeiterbewegung in die Breite gewachsen, Patallone sind gleichsam aus dem Boden geschampft, aber der Mensch hat größtenteils in ihnen noch keinen Platz gehabt. Notwendig ist aber, daß der ganze Mensch vom Sozialismus erfaßt wird.

Die Ausführungen des Redners fanden stürmischen Beifall. Anshon wirkten die Seitenhiebe, die er der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften versetzte. Scheinbar wollte sich Amon mit seinen Redereien, daß er über den Parteien stehe und ähnlichen, wie sie in kommunistischen Versammlungen von sogenannten parteilosen Arbeitern losgelassen werden, bei den Kommunisten beliebt machen.

Die Diskussion war nur durch die Ausführungen eines evangelischen Geistlichen interessant.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Remsdorf. Nicht heute Mittwoch, sondern morgen Donnerstag findet unsere Mitgliederversammlung statt. Referent: Rektor Linke.
Bezirk Friedrichstadt-Verder. Am Donnerstag abend 8 Uhr Außerordentliche im „Schwarzen Adler“
Vorstandssitzung am Montag den 7. Februar.

Industrialisierung des Hausbaues

In der Aula der Augustaschule in der Listemannstraße war am Dienstagabend beinahe der letzte Platz besetzt. Vor Hörern und Gästen der Volkshochschule sprach Professor Mache aus Dessau über „Grundlagen und Ziele der Bauhausarbeit“. Lichtbilder machten mit den Produkten der einzelnen Fabrikationsabteilungen wie der Tischlerei, der Töpferei und der Metallwerkstatt und vor allem mit dem neuen Hausbau vertraut.

Die Bauhausarbeit ist in der „Volksstimme“ schon ausführlich und eingehend gewürdigt worden, so daß wir uns heute mit einer kurzen Inhaltsangabe des Vortrags begnügen können. Die Grundlage der Bauhausarbeit ist der Gedanke, daß ein Haus und seine Einrichtung nicht vor allem nach einem künstlerischen Prinzip, sondern im Hinblick auf den künftigen Gebrauch, auf den Zweck herzustellen sind. Die Lichtbilder überzeugten davon, daß sich die schöne Form von selbst aus der reinrationalen Funktion ergibt. Das Ziel der Bauhausarbeit ist die Ermöglichung billigen, bequemen und schönsten Wohnens durch Massenfabrikation der zum Hausbau notwendigen Einzelteile.

wobei die Normung nicht zu einem radikalen Uniformieren, zu einer äben Gleichmacherei werden darf.

Daß die Industrialisierung des Hausbaues nicht nur eine allgemein zu verwirklichende Möglichkeit der Zeit, sondern sogar ein dringendes Gebot der Stunde ist, dürfte nach den interessanten Darlegungen des Professors Mache angehtich des Wohnungselends ringsum auch denen benützt worden sein, die sich mit diesen Fragen noch niemals beschäftigt haben. Mit lebhafter Freude beobachteten wir die Aufmerksamkeit, mit der auch die zahlreich anwesenden Frauen den Gedankengängen des Redners folgten.

Gerechtshilfe

Der Ortsausschuß Magdeburg der Arbeiterwohlfahrt hatte zu einem Vortragabend eingeladen, auf dem der Geschäftsführer Mabecke der Magdeburger Gerechtshilfe über die Aufgaben der Gerechtshilfe sprach. Der Vortragabend war äußerst stark besucht. Der Vortragende bestand es, auf Grund gesammelter Erfahrungen, Wesentliches über die Aufgaben der Gerechtshilfe zu sagen. Für unsre Genossen wird die Gerechtshilfe zum Teil noch eine unbekannte Organisation sein, deren Aufgabenkreis man nicht ohne weiteres aus dem Namen herauslesen kann. Es sei deshalb deren Zweck kurz erläutert:

Bisher kannte man nur eine Gerechtshilfe für Jugendliche, die durch Jugendgerichtshof und Reichs-Jugendwohlfahrtsgericht in Kraft gesetzt und durch die Organe der Jugendfürsorge ausgebaut wurde. Diese Einrichtung ist trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens für die Gerichte unentbehrlich geworden. Nach einem Erlass des Justizministers aus jüngster Zeit und auf Grund der Paragrafen 67, 68 und 69 des neuen Strafgesetzbuches veranlaßt, soll künftighin die Strafe nicht an sich als objektives Geschehnis bewertet und danach die Strafzumessung, das Strafmaß, bestimmt werden, sondern es sollen die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten — und was das wichtigste ist, auch bei Erwachsenen —, seine Veranlagung sowie der Gesamtkomplex der äußern Umstände eine besondere Berücksichtigung erfahren. Um diese Feststellungen, unabhängig von den richterlichen und polizeilichen Ermittlungen, treffen zu können, deshalb ist die Gerechtshilfe geschaffen worden. Es unterliegt keinem Zweifel — und wir Sozialisten fühlen das am besten —, daß große Kräfte unersetzlich jedes Einflusses in die Wirklichkeit vermieden laien. Vielen Richtern fehlt die notwendige Menschenkenntnis, um bereits durch die persönliche Verhandlung in dem Gerichtstermin sich ein Bild von dem Beschuldigten machen zu können. Diesen Richtern soll die Gerechtshilfe dienen. Sie soll dem Gericht über den wirklichen Wert des Angeklagten Bericht erstatten, sie soll dem Richter klarzumachen versuchen, warum der Angeklagte auf die Anklagebank gekommen ist. Eine große und hehre Aufgabe. Die Gerechtshilfe geht noch weiter. Sie gibt Entschlossenheit, ob ein Angeklagter Bewährungsfrist bekommen soll oder nicht, und sie übernimmt auch, wenn der Angeklagte in den Genuß der Bewährungsfrist gelangt ist, eine unbehaltene Schutzaufsicht über ihn, damit nicht irgendein Unstund im Leben den Gestrauchten wieder auf die schiefen Bahn führen wird.

Geschäftsführer Mabecke streifte in seiner Rede alle diese Aufgabengebiete der Gerechtshilfe und stellte dabei besonders fest, daß die Gerechtshilfe keine amtliche Einrichtung, sondern eine private Wohlfahrtsorganisation ist. Ihr sind fast alle Spitzenverbände der Wohlfahrtsorganisationen angeschlossen, in Magdeburg auch die Arbeiterwohlfahrt. Vorsitzender des Magdeburger Vereins ist Landesgerichtsdirektor Diecke, ein Mann, der ein warmes Herz für die itaffälligen Opfer unserer Zeit besitzt. Wir zweifeln nicht daran, daß unter seiner Führung der Verein für Gerechtshilfe auch in Magdeburg aufblühende Bedeutung gewinnen wird. Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß die Einrichtung der Gerechtshilfe und deren uner-müdlisches Wirken nicht etwa die Justiz an sich verbessert. Klar wird auch sein, daß in der Magdeburger Gerechtshilfe die einzelnen Richtungen manchmal Meinungsverschiedenheiten ausstragen haben über die Art, wie die Hilfe angewandt werden soll. Wir hoffen, daß auch in Zukunft die Arbeiterwohlfahrt sich nicht ausschalten läßt, vor allem, weil nach unserer Ansicht die Verbrechen fast stets sozialen Ursachen entspringen und deshalb vor allem die sozialen Verhältnisse unersetzlich verbessert werden müssen.

Das kam auch in der Diskussion, an der sich die Genossen Ellermann, Seiffert und Kojé beteiligten, klar zum Ausdruck. Recht beherzigwert waren die Worte, die die Genossin Hartmann zum Schluß der Versammlung sprach. Sie forderte zur emigen Mitarbeit der Arbeiter-schaft in allen Wohlfahrtszweigen auf, erst dann wird die Wohlfahrtspflege so aussehen, wie wir sie als Sozialisten wünschen. Welche politische Bedeutung die Mitarbeit in der öffentlichen Wohlfahrtspflege hat, das hat vor einigen Tagen der Genosse Höber in einigen

entzündeten Augenlidern. Haben plätschern in blutigen Güssen. Verkaufte Früchte fallen von den Zweigen. Verwesung starrt ihn an.

Heberall: die Welt ist krank, tödlich krank. Doch in den Ver-sammlungen der Menschen hat sich Verfall vor allem eingenistet. Einer Menschheit, die litt, und unter dem Leid verstümmelte, singt er:

An die Verstümmelten.

In der Walmun der großen Stadt, da am Abend
An schwarzer Mauer verkrüppelte Bäume starrten,
Aus silberner Maske der Geist des Wöfens schaut;
Licht mit magnetischer Geißel die steinerne Nacht verdrängt.
O das verunkelte Längen der Abendglocke.
Dure, die in eintigen Schauern ein totes Kindlein gedärt.
Rafend peitscht Gottes Jörn die Sitze des Besenens,
Vurpurne Seuche, Hunger, der grüne Augen zerbricht.
O das gräßliche Lachen des Goldes.
Über stille blutet in dunkler Höhle jammere Menschheit,
Fügt aus harten Metallen das erlösende Haupt.

Menschheit sieht er in schwarzer Not. Aber doch bricht Licht durch. Ein Wendemahl — sanftes Schweigen. Eine Erlösung — Thomas ist ungläubig, aber dennoch die Erlösung:

Menschheit.

Menschheit vor Feuer-schlünden aufgestellt,
Ein Wirbelwind, dunkler Krüger Eitern,
Schritte durch Wurmehel; schwarzes Eisen schellt;
Verzweiflung, Nacht in traurigen Gehirnen;
Hier Evas Schuppen, Jagd und rotes Geld.
Gewölz, das Licht durchbricht, das Abendmahl.
Es wohnt in Brot und Wein ein sanftes Schweigen.
Und jene sind verjammelt zwölft an Zahl.
Nachts schrein im Schlaf sie unter Delbaumzweigen;
Sankt Thomas taucht die Hand ins Wundenmal.

Aus allem Verfall blüht doch Leben, der Sinnlosigkeit ent-springt doch ein Sinn, wenn er auch mehr geahnt als gewußt ist.

II.

Wenn es in manchen Gedichten auch so scheinen mag, als führe ein Weg ihn zurück zu in sich geschlossenem, genügsamem Sein, nach Ueberwindung der Verzweiflung an einer zerrütteten Welt: Georg Trakl ist doch den umgekehrten Weg gegangen. Ob der jedoch hinaus oder hinab führte ist eine Frage, die wir von uns aus beantworten, je nach dem wir das Leben überhaupt und das Leben heute und jetzt bewerten. — Kann es nicht Schwäche geschloffen werden, sich kampflös so dem Zwange der Zeit zu ergeben? Ist es nicht Unfähigkeit zum Kampf gegen die Lodung des Verfalls? Mancher von uns möchte — in eigenem Leben zum Kämpfer geworden — versucht sein, so zu denken und über den Dichter den Stab zu brechen. Gewiß: Trakl ist nicht

Kämpfer, nicht Verkünder einer Hargeschauten, zukünftigen Welt. Sein Dichtertum bedeutet eben etwas anderes: er trägt das Leid seiner Zeit, seiner Welt. Wie süßes Gift läßt er den Verfall in sich dringen, das ihn wohl erschauern macht, das er aber mit Seligkeit in den Augen genießt. Daß Trakl Verfall und Unter-gang überall findet, zeigt ihn in seiner tiefsten, seiner geheimsten Sehnsucht: es sollte ja so ganz anders sein auf der Erde! Nur dann und wann spricht er es aus, daß er von dem andern Leben weiß, daß man in der Umwelt noch am Besten wissen, was wahrhaft Leben war, dieses andre aufspüren kann. Das Knitern von Ansoipen im Abend, Schweigen auf einem Flug, ein Duft von Brot und Wein, sanfter Schatten von Kastanienzweigen, das itammt aus dieser Welt. Doch fehlt er nie nicht an sich. Sein Stern will es nicht. Er gibt sich dem, was um ihn herrschende Wirklichkeit wurde, wenn er auch weiß, das früher einmal andre herrschte, und deshalb einmal später wieder andre herrschen könnte. Doch diese herzustellen, darum kann es sich für Trakl nicht handeln, lebt und stirbt er ja in einer Zeit, in der noch nicht Gemein-samkeit zu neuem Ziele erstarkt war und offen an den Tag trat. Er gibt sich dem Verfall, obwohl er auch von Ruhe, Glück und Frieden weiß. Wer will, mag da von Schwäche reden! Begreifen wir jedoch, daß erst, wenn Zerrissenheit und Zwiespalt sich zerlehten, neues Leben möglich wird, dann werden wir es nicht Flucht und Schwäche, sondern Opfer nennen, was Trakl lebte und dichtete. Trakl ist ja nicht mit sich selbst zerfallen, er ist kein irdendes Individuum, das über sich selbst stolpert. Er ist nicht ein Irdenwurm, der sich im Ruffe der Meinungen nicht mehr zurechtfindet. Er ist stark in sich wie irgendeiner, doch ist er die tönende Stimme des Leides, das die Menschheit befiel. Seine Schwäche der Umwelt gegen-über ist seine Stärke geworden. Alles, was schwach ist und zerfallen, spricht sich durch ihn aus in bereitwiegem Klang, so daß nun jeder, der leidet, der nicht frei ist vom Zwange dieser umgebenden Verfallswelt, in solcher Dichtung Lösung findet.

Das ist der Sinn, den Trakls Dichtung für uns hat. Er ist kein Arbeiter, wenn er auch ein bedürfnisloses, armes Leben führte. Er ist nicht Arbeiterdichter. Wir verstehen ihn aber, wie er die Menschheit verstanden hat. Wenn wir ihn lesen, wird uns nicht Leid erweckt, das wir nur seelisch erleben, sondern das Leiden, das wir in der Wirklichkeit fanden, wird in uns gemildert. Trakl ruft uns nicht zum Kampf. In seiner Sprache lebt das Leben wie es ist; reiner und uns noch mehr bewegend erhebt aus seinem Verfall das Leben wie es sein sollte, wenngleich er fast nicht davon spricht. Trakl gab sich dem Verfall hin, damit wir zum Leben zurückkehren können.

Trakls Hingabe ist uns ein Opfer. So ist dieser Verfall kein Ende, sondern ein Anbruch. Mit diesem Wissen ehren wir das Andenken Trakls. —

*) Gesamttausgabe: Die Dichtungen von Georg Trakl, Kurt Hoff Verlag.

Parteierversammlungen in seinem Mejerat über Wohlfahrtspflege zum Ausdruck gebracht. Die Hauptträgerin der Gerichtsbesitzung ist nicht nur in der Hauptstadt die evangelische Kirche. Die Arbeiterwohlfahrt muß auch in Magdeburg so stark werden, daß sie in der Lage ist, in allen öffentlichen Wohlfahrtsanstalten ein beachtenswerteres Gegenwärtig stellen zu können. — m.

Schmuddelwetter auf dem Markte

Am Mittwoch ist es für die Markthändler nicht angenehm. Die Luft ist wässrig — gegen Mittag fällt feiner Regen. Die feinen Tropfen dringen durch den „wässrigsten“ Mantel. Es ist richtiggehendes Gröbelswetter. Noch viel unangenehmer wird die Situation durch den Käufermangel. Denn man würde die Unbill der Witterung am Markttag mit einer gefüllten Börse schnell verzeihen. Aber wenn das Geschäft mies und auch die Witterung viel zu wünschen übrigläßt, dann soll der Teufel guter Dinge sein.

Die Apfelsinenhändler bieten mit lauten Rufes ihre „zuckerreife Ware, 10 Stück für 50 Pf.“ an. Gratisproben werden spendiert. „Wer probiert, der lobt!“ Einer sucht den andern zu überbieten. Das Resultat ist, daß ein großer Krach entsteht und die Hausfrauen froh sind, so schnell wie möglich mit ihren zarten empfindlichen Nerven hier fortzukommen.

Auf dem Gemüsemarkt beherrschen die Kohlsorten das Feld. Das Pfund Weißkohl kostet 8 Pf., Rot- und Wirsingkohl 12 Pf., gekaufter Grünkohl 15 Pf. und Rosenkohl 35 Pf. Braunkohl in Ständen ist das Pfund für 8 Pf. zu kaufen. Ein Kopf Blumenkohl kostet 35 bis 60 Pf. Für die Selleriekohle sind 15 Pf. zu zahlen. Fünf Pfund Mören kosten 30 Pf., 8 Pf. kostet das Pfund Zwiebeln. Kohlrüben ist das Pfund für 10 Pf. zu kaufen. Kapseln sind reichlich vorhanden. Der Preis bewegt sich zwischen 35 und 70 Pf. Das Pfund Feigen kostet 40 Pf., Bananen 50 bis 70 Pf., Kakaobutter 70 und Walnüsse 40 Pf.

Fische sind unverändert im Preise. Schollen kosten fünf Stück 10 Pf. Das Pfund Rüdlinge ist für 25 Pf. zu kaufen. Kabeljau, Schellfisch und Rotbarsch kosten 30 Pf. je Pfund. Fildel ist für 60 Pf. zu kaufen. Das Pfund grüne Serringe kostet 25 Pf.

Der Fleischmarkt ist sehr leer. Das Pfund Knochenfleisch kostet 65 Pf., Straßensfleisch 1,30 Mk., Gehacktes ist für 1 Mk. zu kaufen. Hammelfleisch kostet 90 Pf. bis 1,10 Mk. Für Zwiebelmehl sind 1,30 Mk. pro Pfund zu zahlen, für Rotwurst und Sülze 1,40 Mk., Leberwurst 1,50 Mk., Mettwurst 1,60 Mk. und Feinwurst 1,50 bis 2 Mk. Landschinken, geräuchert, kostet 1,90 Mk. und Speck 1,50 Pf.

Jein Eier kosten 1,35 Mk. Das Stück Landbutter ist für 90 Pf. und das Pfund Mehlereibutter für 2,10 Mk. zu haben. Die Kasse Butter kostet 70 Pf., das Pfund Dillstier 1,40 Mk. —

Tätigkeit der Tuberkulose-Fürsorgestelle

Im Monat Dezember wurden in der Tuberkulose-Fürsorgestelle 652 Personen untersucht. Außerdem wurden vorgenommene Krankenuntersuchungen bei Erwachsenen 57, bei Kindern 43, Sputumuntersuchungen 60. Bei den erstmalig Untersuchten wurde festgestellt: kein Krankheitsbefund 83, Tuberkuloseverdacht 18, Milchdrüsen-Tuberkulose 10, offene Lungentuberkulose 28, geschlossene Lungentuberkulose 39, vermuthlich infektiöse Tuberkulose ohne Bazillennachweis 6, Tuberkulose der Drüsen 1, Tuberkulose des Bauchfells 2, Tuberkulose der Nieren 1, Tuberkulose der Augen 1, Tuberkulose der Haut 2, nicht-Tuberkulöse Erkrankungen der Atmungsorgane 61, nicht-Tuberkulöse Erkrankungen der andern Organe 16.

Die Zahl der bekanntgewordenen Todesfälle an Tuberkulose betrug 22, davon Lungentuberkulose 20 (zum Teil vergesellschaftet mit Tuberkulose anderer Organe), Tuberkulose anderer Organe 2. Von diesen an Tuberkulose Verstorbenen waren bisher als offene Tuberkulose bekannt und in Fürsorge befindlich 10. Arzneliche Behandlung mußte 50mal angewandt werden. Krankenhausbehandlung 2mal, Heilbäderbehandlung 2mal, für Gesundheitspflege wurden verordnet 1. Der Krankenfürsorge mußten 3 Kinder bzw. Jugendliche unter 15 Jahren gemeldet werden. Lebensmittelfürsorgungen bzw. Milchbezüge wurden 25 ausgehollt, Anträge für das Wohnungsgeldamt 15, außerdem eine Reihe von Freigelegungen und Gutachten für die verschiedenen Bezirke. —

Städtische Handelsschule und höhere Handelsschule

Das städtische Personal schreibt: Die Erziehung hat immer wieder gezeigt, daß in der breiten Bevölkerung unserer Stadt unter öffentlichen Lehranstalten die Handelsschule und die höhere Handelsschule, noch nicht genügend bekannt sind und darum ist es notwendig, gerade in der Zeit, in der die Berufswahl bzw. die Frage der Berufsvorbereitung eine große Rolle spielt, auf diese Schularten hinzuweisen.

Die öffentliche Handelsschule sowie die höhere Handelsschule sind städtische Einrichtungen und bilden mit den kaufmännischen Berufsschulen für männliche und weibliche Angehörige ein einheitliches Ganzes, die städtischen kaufmännischen Lehranstalten, die ihren Sitz im Schulgebäude Gröbenstraße 14 haben.

Die städtische Handelsschule und die höhere Handelsschule haben beide einen zehnjährigen Lehrplan und vermitteln eine kaufmännische Fachausbildung, jene auf der Grundlage der Volksschulreife, diese auf der der Lehrjahrsdauer. Die Handelsschule führt in 30 Wochenstunden folgende Fächer: Handelsbuchführung, kaufmännisches Rechnen, Buchführung, Handelsgeographie, Handelskunde, Deutsch, Englisch, Kunstgeschichte, Majuskelhandschriften, Schreiben mit Abzügen in Kalligraphie und Zierkunst, Zuzammen und Zuzammen, Zuzammen und Zuzammen für Mädchen Redefähigkeit und Hauswirtschaft.

Die höhere Handelsschule, für die gewöhnlich 30 Wochenstunden im Unterricht kommen, führt folgende Fächer: Handelsbuchführung mit kaufmännischem Rechnen, einfache, doppelte und amerikanische Buchführung der verschiedenen Unternehmungen und Handelsgeschäfte, kaufmännisches Rechnen, Wirtschaftslehre, Handelsgeographie, Handelskunde, Deutsch, Englisch, Kunstgeschichte, Majuskelhandschriften, Schreiben mit Abzügen in Kalligraphie und Zuzammen, als Fachfach wird Englisch mit besonderer Berücksichtigung behandelt.

In der Handelsschule werden entsprechenden Schüler und Schülerinnen mit besonderer Berücksichtigung nach 1 Jahre Handelsbuchführung können einfache, doppelte und amerikanische Buchführung der verschiedenen Unternehmungen und Handelsgeschäfte, kaufmännisches Rechnen, Wirtschaftslehre, Handelsgeographie, Handelskunde, Deutsch, Englisch, Kunstgeschichte, Majuskelhandschriften, Schreiben mit Abzügen in Kalligraphie und Zuzammen, als Fachfach wird Englisch mit besonderer Berücksichtigung behandelt.

In der Handelsschule werden entsprechenden Schüler und Schülerinnen mit besonderer Berücksichtigung nach 1 Jahre Handelsbuchführung können einfache, doppelte und amerikanische Buchführung der verschiedenen Unternehmungen und Handelsgeschäfte, kaufmännisches Rechnen, Wirtschaftslehre, Handelsgeographie, Handelskunde, Deutsch, Englisch, Kunstgeschichte, Majuskelhandschriften, Schreiben mit Abzügen in Kalligraphie und Zuzammen, als Fachfach wird Englisch mit besonderer Berücksichtigung behandelt.

Das Schuljahr in der Handelsschule beginnt am Montag den 1. September 1926, für Mädchen am 17. September, in der höheren Handelsschule am Montag den 1. September 1926, für Mädchen am 17. September. Die Anmeldungen werden im Schulgebäude Gröbenstraße 14 entgegen genommen. —

— Sozialdemokratische Partei. Sitzung, Mitglieder in Leimböck! Die Bezirks-Mitgliederversammlung findet nicht heute Mittwoch, sondern am Donnerstag abend statt. Referent ist Koster Linke. —

— Gesundheitsgemäße Kleidung. Die Ortsgruppe Magdeburg des Verbandes deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur veranstaltet vom 4. bis 6. Februar im Saale des Wohlfahrtsamtes eine Ausstellung „Gesundheitsgemäße Kleidung“, die von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr geöffnet ist. —

— Das schaffende Amerika. Eine Bilderreihe voll Eindringlichkeit haben die Döring-Film-Werke Hannover geschaffen, die uns einmal das Amerika der Wirklichkeit mit seinen Riesenhäuten, seinen Straßen und seinem Volke bei der Arbeit zeigen. New York und Chicago erscheinen in ihren Zentren und zeigen das Zusammenleben großer Volksmassen, zum Teil noch unter primitiven Verhältnissen, Bilder, die in ausgesprochenem Gegensatz zu den eleganten Abenden und Boulevardstücken stehen. Auch die Chinesen- und Negerbilder sind in den Film aufgenommen worden. Interessante Triptychen über den Bau von Wolkenkratzern, die Lösung der Verkehrsprobleme im Eisenbahn-, Automobil- und Straßenbahnbereich und unendlich viel des Interessanten lassen diesen Film als hervorragenden Kulturfilm gelten. Wegen des großen Erfolges, den der Film am 9. Januar erlebte, findet am Sonntag den 6. Februar, vormittags 11 Uhr, in den „Kunsttheater-Vorstellungen“ eine Wiederholung statt. Oberingenieur Dreher wird die begleitenden Worte sprechen. Preise: 1, 1,25, 1,50 Mk. Vorverkauf: Verkehrsverein, Breiter Weg, und Theaterkasse. —

WANN HEIRATET MAN?

VON 10000 NEUVERHEIRATETEN ZÄHLEN IN DEUTSCHLAND:

52% MÄNNER 20-24 JAHRE	12% MÄNNER 25-29 JAHRE	12% MÄNNER 30-34 JAHRE	5% MÄNNER 35-39 JAHRE	15% MÄNNER 40-44 JAHRE	2% MÄNNER 45-49 JAHRE	2% MÄNNER 50-54 JAHRE
35% FRAUEN 20-24 JAHRE	15% FRAUEN 25-29 JAHRE	15% FRAUEN 30-34 JAHRE	10% FRAUEN 35-39 JAHRE	15% FRAUEN 40-44 JAHRE	5% FRAUEN 45-49 JAHRE	5% FRAUEN 50-54 JAHRE

IN WELCHEM MONAT WIRD AM MEISTEN GEHEIRATET?

DEUTSCHLAND: MAI, OKTOBER, NOVEMBER	FRANKREICH: SEPTEMBER, OKTOBER, NOVEMBER	UNGARN: FEBRUAR, NOVEMBER	ÖSTERREICH: FEBRUAR, MAI, NOVEMBER	AM NORDPOL: WIRD GEHEIRATET	AM SÜDPOL: WIRD GEHEIRATET	FRANKREICH: AUGUST	UNGARN: JANUAR	ÖSTERREICH: MÄRZ, DEZEMBER
-------------------------------------	--	---------------------------	------------------------------------	-----------------------------	----------------------------	--------------------	----------------	----------------------------

52% MÄNNER 20-24 JAHRE
ALTER 40-60 JAHRE

— Christliche Aduldsamkeit. Uns wird geschrieben: Die christliche Seele ist in Aufregung geraten, weil in Wilhelmshafen eine weltliche Schule eingerichtet werden soll. Nachdem schon zwei Schulen Protestversammlungen abgehalten haben, sollte am Montag abend der Evangelische Oberkirchenrat. Es sollte eine große Aktion werden, aber nach dem Besuch von etwa 100 Personen zu urteilen, scheint hier das Interesse nicht sonderlich groß zu sein. Angenommen hat es den Leuten die Möglichkeit, daß die weltliche Schule Wilhelmshafen in zwei benachbarte Schulen mit hineingelegt werden soll. Darüber machen sie in Entrüstung, natürlich ohne Einführung sachlicher Gründe. Ausgerichtet Vertreter der evangelischen Kirche nehmen ihre Waffen gegen die weltliche Schule aus den niedrigen Regionen des Geistes, sprechen von einer „Reinigung ihrer Kinder“ durch die Kinder der weltlichen Schule. Diese Herren sollten doch einmal über den Zweifelsfall und die Weltanschauung in ihrer Kirche nachdenken. Wir denken hierbei an die Einstellung der Kirche beim Volksentscheid über die Fürstenerhebung und die Stahlhelmschulen in den Städten. Vielleicht haben diese Tatsachen auch etwas mit dem evangelischen Glauben zu tun. Das ist jedoch Geschäftsgeheimnis. Im übrigen redete auch der „allmächtig bekannte“ Herr Mann, Vertreter der Volkischen auf dem Rathaus. Er vertrat die Interessen der evangelischen Schule wahrzunehmen, redete von zukünftigen Wahlen und davon, daß er seinen Mann stehen werde auf dem Rathaus. Besonders gab er die Absicht kund, daß er gegen den sozialdemokratischen Stadtschulrat vorgehen werde. Das wird ein „sachliches“ Gericht werden, denn bei den kommenden Wahlen ist kein völkischer Mann mehr im Stadtparlament, zeigen doch die letzten Wahlergebnisse, daß die Volkischen eigentlich nur noch auf einen halben Mann Anbruch hatten. —

— Monatsbericht des Gesundheitsamtes. In den Berichtsmonaten des Stadtmittelrats wurden im Monat Dezember 56 Personen untersucht und festgestellt. Der Schulgesundheitsdienst unterzieht die Untersuchung von 3504 Kindern. In Reihenuntersuchungen wurden 6470 Volksschulkinder erstmalig untersucht. 101 Schulkinder wurden durch die Schulgesundheitsdienst in zahnärztliche Behandlung genommen. Von den Zahnärztlichen Untersuchungen, die die Aufgabe haben, die laufenden Desinfektionen am Krankenstand zu überwachen und den Angehörigen der Strassen Verhältnisse nachzugehen zu geben, wurden 657 Besuche gemacht. Die städtischen Desinfektionsanstalten führten insgesamt 518 Desinfektionen aus. In den städtischen Krankenhäusern wurden insgesamt 3524 Verordnungsbescheide erteilt. Im Oktober 1926, in Lubbenburg 1537. —

— „Wohnungswirtschaft“, monatlich 2 Hefte, Bezugsgebühr monatlich 50 Pf. Von der im Verlag des H. T. G. B. erscheinenden Zeitschrift liegt in neuer moderner Ausstattung das erste Doppelheft 12 vor. In dem Eingangsaufteil weist der neue Leiter der Zeitschrift, Architekt Richard Tarnow, auf die unumgängliche Notwendigkeit planmäßiger Wohnungsbauunterstützung aller notwendigen Erwerbsberufe hin. Stadtschulrat Dr. Ing. Martin Wagner entwickelt in großen Zügen einen Finanzierungsplan für das notwendige Groß-Verlängerungsbauprogramm. Regierungspräsident Krüger behandelt in einem dritten Aufsatz das Stadtbauwesen vom bodenreformrechtlichen und vom Standpunkt der Gemeindefürsorge aus. Neben die untergeordneten Wohnungsbauwesen in Hermsdorf in Thüringen berichtet in einem mit guten Abbildungen versehenen Aufsatz der Architekt Fritz Schöber. Sehr energiegeland werden dann weitere die Verhältnisse des Reichsbürgertums und des Berliner Stadtrats für die Finanzierung des Wohnungsbauwesens zurückgewiesen. Ein reichhaltiger Teil wohnungswirtschaftlicher kurzer Nachrichten schließt das interessante Heft, das wir am Wohnungswesen interessierten Hausegenossen und Gemeindefürsorgern zum Studium empfehlen können. Großverlegern haben kostenlos beim Verlag zur Verfügung. —

— Weiter Grundstückskauf. Die Karstadt-K.G., die bereits das Café Hofenplan und das Warenhaus Wilhelmshafen gekauft hat, und die auch Verhandlungen mit der Stadt wegen Ankauf der Grundstücke am Torwall (Eisenbahnstraße) führt. Bei neuerdings die Grundstücke Breiter Weg 171/173 sowie Gröbenstraße 12/14 erwerben. Es handelt sich um die Gebäude der Firma Hemrichs. Das Gebäude Gröbenstraße 12/14 ist ein 1000 qm großes Grundstück, das durch die Gesellschaft auf dem Grundstück. Die Karstadt-K.G. hat den Grundstückskauf der Karstadt-K.G. beabsichtigt, im Stadtparlament einen Antrag zu stellen, die Stadt solle mit Karstadt keine Verhandlungen führen weil ein großes Warenhaus auf dem Gelände erbaut werden würde. Ob diese Verhandlungen der wahre Grund ist für das städtische Verbot, oder ob es Herrn Mann nur der Jude Karstadt angeht? Ein neues Grundstück ist im Markt für sehr wohl denkbar, wenn auch dabei ein wenig Konkurrenz zu erwarten. Der wird nur im Interesse der Verbraucher liegen! —

— Sitzung, Sozialarbeiter! Ihre ordentliche Generalversammlung tagt am Montag den 7. d. M., 7 1/2 Uhr abends, im „Hippolyt“. Näheres durch Laufzettel und Inserat. —

— Zentralthheater-Tunnel. Lachen ist gesund. Wenn die Möglichkeit geboten wird, einmal alle Mißere des Alltags zu vergessen, der sollte die Gelegenheit wahrnehmen. Das diesmalige Varietéprogramm im Zentralthheater-Tunnel bietet eine solche Fülle des Heiteren, daß man einen Besuch nur empfehlen kann. Helmut Kreutzer als Conferencier ist auch gleichzeitig ein Humorist, der seinen Beinamen die „Nachbarzone“ mit Recht führt. Max Günther steht ihm vollwertig zur Seite und Willi Buffon, der parodierende August ist der Dritte, der die Lachmuskeln der Zuschauer durch seine Darbietung in andauernde Bewegung setzt. In ihren Einzelvorträgen steht wie im gemeinschaftlichen Auftreten in einer urkomischen Nebenebene bringen sie eine solche Fülle von Humor, daß man wirklich nicht aus dem Lachen herauskommt. Wenn das Programm nichts weiter bieten würde als die Vorträge dieser drei Künstler, so wäre das schon vollaus genügend, um den Besuch zu empfehlen. Es bietet aber noch mehr. In Melanie Hoff präsentiert sich eine graziose Tänzerin, in Jeanne Sormin eine geschmackvolle Opern- und Operettensängerin, während die „Original 2 Kameras“ einen humoristischen Glanzlicht von besonderer Güte bieten. Den musikalischen Teil bestreitet nach wie vor die berühmte Kapelle Erhard Pelz, am Flügel produziert sich in gewohnter Meisterhaftigkeit Willi Stahlberg. —

— Verlegung des Feuermelders auf dem Haffelbadplatz. Durch den Umbau des Haffelbadplatzes wird die Verlegung des dort neben dem Denkmal befindlichen Feuermelders erforderlich. Die Wiederaufstellung des jetzigen veralteten Säulenfeuermelders ist vom Stadterweiterungsausschuss abgelehnt. Der neue Melder soll mit einer Straßenerleuchtung verbunden werden; die Kosten belaufen sich auf etwa 8500 Mark. Die Stadtverordneten-Versammlung soll den genannten Betrag am Donnerstag bewilligen. —

— Zum Ueberfall auf Polizeihauptmann Delling. In Näherung nach den beiden Männern, die in der Nacht zum Dienstag in der Poststraße den Polizeihauptmann Georg Delling erschossen und niederschlugen, gestalter sich sehr schwierig. Die direkte Augenzeugen für den Vorfall fehlen, der Ueberfall selbst aber noch nicht vornehmlich 3 fähig ist. Er ist zwar in seiner Wohnung bald wieder zum Bewußtsein gekommen, konnte aber nur wenige zusammenhängende Angaben machen. Nach kurzem Bewußtsein verfiel er jels wieder in ohnmachtähnlichen Schlaf. Seinen Angehörigen schilderte er den ungeheuren Verfolger des Mannes, der ihn um Hilfe ansprach, als einen breitschultrigen, unterlegten Mann vom Aussehen eines Viehhändlers, während der Mann, der ihn ansprach, mittelgroß und schlank gewesen sei. Der Kopf des Ueberfallenen, der ein großer, fätklicher Mann von 51 Jahren ist, zeigt zwei auf der Verletzungen. In der linken Gesichtshälfte zieht ein Schuß durch der Schläfe über das Auge, Nase und Mund nach dem Mann. Diese Gesichtshälfte und beide Augen sind blutunterlaufen und stark angeschwollen. Aus dem rechten Ohr ergoß sich eine langandauernde, heftige Blutung, die befürchten läßt, daß inneren Verletzungen vorliegen könnten. Die Schädeldecke ist nicht verletzt, doch zeigt sich auf dem Mittelkopf eine blutige, große Läsion, die vermutlich von einem Zugriff herrührt. Man bemerkt, daß die gesunde körperliche Struktur des Ueberfallenen eine hervorragende Heilung des jetzigen ersten Jutand ist. Die Kriminalpolizei ist vollaus mit der Untersuchung nach den Tätern beschäftigt. —

— Zusammenstoß zwischen Pferdebesitzer und Straßenbahn. Am Dienstag abend stieß in der Nähe des Haffelbadplatzes ein Fuhrwerk, das mit Karbonatankern beladen war, mit einem Wagen der Straßenbahn zusammen. Durch den Zusammenstoß wurde das linke Hinterrad des Fuhrwerks zertrümmert. Dadurch fiel ein Teil der Ladung auf die Straße. In Verfolgung des Verkehrshindernisses wurde die Feuerwehr herbeigerufen, die den defekten Wagen, nachdem ein Teil der Karbonatanker abgeladen war, an die Seite der Fahrbahn brachte. Personen sind bei dem Zusammenstoß nicht zu Schaden gekommen, auch sind die Pferde des Fuhrwerks nicht verletzt worden. —

× Gestohlen wurden durch Einbruch im Sozial Arbeiterpark in der Nacht zum 31. Januar ein schwarzer Wintermantel, zieher mit Samttragen und eine graue Ledermütze. Mithin, die vertraulich behandelt werden. erteilt der Polizeipräsident, Kriminaldienststelle Mitte, Neue Ulrichstraße 2, Zimmer 14. —

× Erledigt ist das Nachschreiben betreffend vermehrte Arbeit Kuback. —

× Von den Mörtern der Ghelente Tschente in Sommerfeld sind außer einem größeren Geldbetrag folgende Sachen gehoben worden: 2 dunkle Marango-Winterüberzieher mit Samtbesatz, 1 Sommerüberzieher aus dunklem Samtgarne, 1 Mantelgarne-Jackentanzig (Nachtgarnmuffen) mit kleinen Karos, 1 neuer dunkel gefärbter Samtgarneanzug, 1 graues Chentoiaden und ebensolche Weste, 1 grauer Herrenhut mit dunkelblauem Band, 1 Paar neue schwarze Herren-Schnürstiefel, Größe 41 oder 42, 1 Paar fast neue Damenschuhstiefel mit rotem Futter. Sobald Sachen dieser Art zum Kauf oder Pfand angeboten werden, werden, bittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 202, um Nachricht. Für Ermittlung der Täter sind 2000 Mark Belohnung ausgesetzt. —

× Laubeneinbruch. In der Nacht zum 20. Januar wurde in der Dreieckstraße aus einer Gartenlaube 25 Stück Laubene gehoben. Sachdienliche Angaben erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldienststelle Mitte, Neue Ulrichstraße Nr. 2, Zimmer 14. —

— Ermittlung eines Denkmalschänders. In der Nacht zum 8. November 1926 wurde das Denkmal der Ober auf dem Nauentplatz an mehreren Stellen beschädigt. Als Täter wurde der Schüler J. in Magdeburg ermittelt, der zugibt, beim Spiel des Denkmals beschädigt zu haben. Hiermit sind alle Presseberichte und Gerüchte über ein Attentat linksorientierter Personen auf das Denkmal widerlegt. —

— Warnung vor einem Schwindler. Kürzlich wurde ein 26-jähriger Fernsprechnnehmer abends von unbekannter Seite anrufen und ihm bedeutet, daß in seinem Anschlag eine Störung vorläge und daß der Störungsjucher alsbald zu ihrer Beseitigung eintreffen würde. Der Teilnehmer, dem von einer Störung nichts bekannt war und dem die Sache verdächtig vorkam, fragte alsbald bei der Störungsjuchstelle seines Vermittlungsamts an, wann der Störungsjucher käme. Hierbei klarte sich die Angelegenheit als Schwindel auf. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß der Unbekannte unter Vergabe, ein Störungsjucher zu sein, sein Verfahren wiederholt, wird darauf aufmerksam gemacht, daß Störungsbeseitigungen in den Abendstunden nur ausnahmsweise vorgenommen werden und daß es ratsam ist, sich von den Störungsjuchern vor dem Betreten der Räume stets den amtlichen Ausweis zeigen zu lassen. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Alte Reichstadt. Am Sonntag den 4. Februar findet die Abteilung 12.30 nach Biederitz zum Verbot. Anreisen mit Busfahrkarte und Samstags abends 12.30 Uhr am Reichsbanner Bahnhof. Sonntagsfahrten vorher zu lösen. —

Plus der Jugendbewegung

Saden am Sonntag den 7. d. M., 9 Uhr
Generaterversammlung am Sonntag den 7. d. M., 9 Uhr abends, im Hippolyt. Näheres durch Laufzettel und Inserat. —

Saden am Sonntag den 7. d. M., 9 Uhr
Generaterversammlung am Sonntag den 7. d. M., 9 Uhr abends, im Hippolyt. Näheres durch Laufzettel und Inserat. —

Saden am Sonntag den 7. d. M., 9 Uhr
Generaterversammlung am Sonntag den 7. d. M., 9 Uhr abends, im Hippolyt. Näheres durch Laufzettel und Inserat. —

Saden am Sonntag den 7. d. M., 9 Uhr
Generaterversammlung am Sonntag den 7. d. M., 9 Uhr abends, im Hippolyt. Näheres durch Laufzettel und Inserat. —

Aus der Wirtschaft

Handelsbilanzfragen

Der deutsche Außenhandel weist für das Jahr 1926 einen Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr auf. Die amtlich ausgewiesene Passivität unserer Handelsbilanz wird aber mit allem Rechte bestritten. Man stützt sich dabei auf folgende Argumente:

Ein großer Teil unserer Exporte, hier kommt vor allem die Ausfuhr von hochwertigen Fertigwaren in Frage, geht von den deutschen Herstellern an deren Filialen im Ausland. Die amtliche Statistik erfasst nur die sogenannten Verrechnungspreise, die selbstverständlich niedriger sind als die im Ausland erzielten Preise. Ähnlich liegt es hinsichtlich des deutschen Exporthandels. Hier stützt sich die Berechnung auf die sogenannten Fabrikantenpreise, die immer um den Gewinnzuschlag des Exporteurs niedriger sind als die Preise, die der Exporteur im Ausland erzielt.

Unser Zahlungsbilanz stehen also aus der deutschen Warenausfuhr weitläufig größere Summen zu als die Handelsbilanz ausweist. Demnach kann man mit Sicherheit annehmen, daß der deutsche Außenhandel im Jahre 1926 nicht, wie die amtlichen Zahlen ausweisen, passiv, sondern aktiv ist, d. h. unsere Warenausfuhr war wertmäßig größer als die Wareneinfuhr.

Der Schwerpunkt in unserem auswärtigen Handel liegt aber auch nicht in der Entscheidung der Frage, ob die Bilanz für 1926 aktiv oder passiv war. Entscheidend ist die kommende Entwicklung. Hier muß man aber mit einem wirklichen Passivsaldo rechnen, wie sich an sich der Einfuhrüberschuß in den letzten Monaten dauernd vergrößert hat.

Für eine Beurteilung der Aussichten ist erstmalig die Edelmetalleinfuhr von Wichtigkeit. Sie geht auf die Währungsreform der Reichsbank zurück. Es ist damit zu rechnen, daß die Goldeneinfuhr in absehbarer Zeit sinken und so die Gesamtbilanz entlasten wird. Dagegen ist wohl für das Jahr 1927 mit einer wesentlichen Änderung der Lebensmittelpolitik zu rechnen. Die Einfuhr an Lebensmitteln ging im Jahre 1926 zurück. Leider ist die Ursache des Rückgangs in einer vermindernden Einfuhr von Konsumgütern auf Grund der deutschen Wirtschaftskrise zu suchen. Dagegen ist die Einfuhr an Weizen gestiegen und der Import an Getreide hat sich sogar verdoppelt.

Die Schutzpolitik hat hinsichtlich der Getreideeinfuhr vollständig verfehlt. Die deutsche Landwirtschaft war 1926 nicht in der Lage, den Bedarf an Getreide weber hinsichtlich der Menge noch hinsichtlich der Qualität zu decken. Die Verhältnisse werden sich hier wohl in absehbarer Zeit nicht ändern. Wir werden für den Ausgleich immer auf Getreideimport aus dem Ausland angewiesen sein. Tritt mit wachsender Kaufkraft ein größerer Verbrauch in Deutschland ein, so muß automatisch die Passivität unserer Lebensmittelpolitik wachsen.

Ähnlich liegen die Dinge in der Rohstoffeinfuhr. Sie ist im Jahre 1926 gegenüber dem Vorjahr ganz bedeutend zurückgegangen. Einmal ist hier die Krise, des andern die deutsche Zollpolitik verantwortlich zu machen. Die deutschen Importeure haben sich im Jahre 1925, ehe die neuen Zölle in Kraft traten, stark eingedeckt. Infolge dieser Voreindeckung verfügte man bis weit in das Jahr 1926 hinein über gefüllte Lager, so daß sich die Einfuhr an Rohmaterial und Halbfertigwaren senken mußte. Da die Voreindeckung die Einfuhrpreise um den Betrag des Zolles verbilligte, übertrug sich die Voreindeckung verbilligend auf die Ausfuhr von Fertigwaren. Das Ansteigen unserer Fertigwareneports ist nicht zu guter Letzt auf diese Tatsache zurückzuführen.

Im Jahre 1927 stehen wir wesentlich andern Voraussetzungen gegenüber. Die Belebung in einzelnen Wirtschaftszweigen drängt zu einer vermehrten Einfuhr von Rohstoffen. Diese dürfte für das gesamte Jahr 1927 entscheidend sein. Andererseits werden die verschiedenen Experimente auf wirtschaftspolitischem Gebiet, mit denen man angesichts des Bündnisses der Schwerindustrie und des Großagrarierentums in der neuen Reichsregierung zu rechnen hat, preissteigernd wirken, wodurch sich ein Absetzen unserer Fertigwarenausfuhr von selbst ergibt.

Zusammenschlüsse

Die Verhandlungen über den Zusammenschluß in der westdeutschen Messingindustrie sind erfolgreich abgeschlossen worden. Beteiligt sind die Selwe-W.G. (Altena), die Karl-Verz.-Aktiengesellschaft (Werdohl) und die C. Hedmann (Duisburg). Aufnehmende Firma ist die Selwe-W.G. Die neue Vereinigung wird den Namen Verg.-Hedmann-Selwe-W.G. führen.

Die Norddeutsche Wollkammer (N.W.K.) hat die Gelegenheit benützt, um sich weitere ausschlaggebende Betriebe anzugliedern. In Frage kommt einmal die Kammgarnspinnerei Bernhausen. Der Betrieb hat für das vergangene Geschäftsjahr abermals mit einem Verlust abgeschlossen und sieht sich gezwungen, sich mit der Norddeutschen Wollkammer zu verschmelzen.

Weiter beruft die Sächsische Wollwarenfabrik Aktien-Gesellschaft in Leipzig-Plagwitz eine Generalversammlung ein, die sich mit der Fusion mit der Norddeutschen Wollkammer beschäftigen wird. Der Bremer Großkonzern besitzt schon seit Jahren ausschlaggebenden Einfluß auf das Leipziger Unternehmen.

Gewerkschaftsbewegung

Auswirkungen der Nationalisierung

Unter diesem Titel bringt „Der Proletarier“, das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter, in seiner Nummer 5 einen Lagebericht der Verwaltungsjahre des Verbandes, in dem gezeigt wird, wie fürchterlich die kapitalistische Nationalisierung sich auf dem Arbeitsmarkt auswirkt.

Das vorgebrachte Beweismaterial zeigt auf der einen Seite Ueberstunden und Verdrängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit. So wurden bei der F.-G. Farbenindustrie in Leverkusen im Monat November bei einer Belegschaftsstärke von annähernd 6000 folgende Ueberstunden verfahren: allgemeine Ueberstunden 17 930, Sonntagsstunden 11 600. Dabei werden als Ueberstunden nicht die über die achtstündige, sondern die über die tarifliche Arbeitszeit hinaus geleistete Arbeitszeit gerechnet. Die tarifliche Arbeitszeit beträgt größtenteils 9 Stunden. Bei Wegfall der täglich geleisteten Ueberstunden und bei Einführung des Achtstundentags könnten teilweise sämtliche Arbeitslose in den Betrieben Beschäftigung finden.

Ueber die Erziehung der Männerarbeit durch die billigeren Frauenarbeit als Folge der Nationalisierung stellt der Bericht fest: „In einigen Industriezweigen wird systematisch die männliche Arbeitskraft durch die weibliche ersetzt. Die billige weibliche Arbeitskraft ist hier der Ansporn dazu, Umschichtungen vorzunehmen. Im Siegbereich ist festgestellt worden, daß eine besonders große Zahl von Männern arbeitslos ist, während die Frauen Arbeit in demselben Betrieb gefunden haben, wo ihre Männer jahrelang beschäftigt waren.“

Dieser Sorte Nationalisierung, die nicht auf verbesserter Technik, sondern auf verschärfte Ausbeutung fußt, haben die Arbeiter den Kampf angefangen. Und er wird siegreich sein, wenn jeder einzelne für eine Erstattung seiner arbeitsrechtlichen Organisation Sorge trägt.

Brauns gegen die Textilarbeiter

Das Reichsarbeitsministerium hat den von dem sächsischen Landesgeschäftler in Dresden gefällten Schiedspruch in der Arbeitszeitfrage für die Textilindustrie Westfalens für rechtsverbindlich erklärt.

Das Reichsarbeitsministerium ist sich mit dieser Verbindlichkeitsklärung selbst untreu geworden, indem es entgegen der Anweisung gehandelt hat, die seinerzeit an die Geschäftler ging und die besagte, daß infolge der großen Arbeitslosigkeit die Arbeitszeit auf möglichst nur 8 Stunden im Tage begrenzt werden soll. Die Verbindlichkeitsklärung ist daher ein unerhörtes Vorgang, der in seiner Auswirkung Tausende von Arbeitern, Arbeiterinnen und werdenden Müttern in der sächsischen Textilindustrie zwingt, täglich 9 Stunden an der Maschine zu stehen. Durch diese Rechtsverbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs wird erwiesen, daß das Reichsarbeitsministerium im Sinne der neuen Regierung nichts anderes sein will als die Interessenvertretung des Unternehmers.

Dabei ist zu beachten, daß die Festlegung von Mehrarbeit durch Schlichtungsbehörden mit dem Geiste der Arbeitszeitverordnung in direktem Widerspruch steht. Daher ist die Rechtsverbindlichkeitsklärung dieses Schiedspruchs ungesetzlich. Eine längere Arbeitszeit als 8 Stunden täglich kann nur durch behördliche Anordnung im Rahmen der Arbeitszeitverordnung oder durch freien Vertrag erfolgen. Die Schlichtungsbehörden haben kein Recht, durch Schiedspruch und damit letzten Endes durch Zwangstarife eine längere Arbeitszeit festzulegen.

Das Reichsarbeitsministerium hat hier einen Schiedspruch für rechtsverbindlich erklärt, der keine gesetzliche Grundlage hat. Es dürfte an dieser Rechtsverbindlichkeitsklärung keine Freude erleben. Denn gegenüber einem solchen Verfahren muß sich die Arbeiterchaft zur Wehr setzen.

Mantelvertrag für das Holzgewerbe

Im deutschen Holzgewerbe waren die Arbeitsbedingungen bisher durch Bezirksarbeitsverträge geregelt. Früher war das Vertragswesen zentralisiert. Als jedoch im Jahre 1924 nach Ablauf des alten ein neuer Reichsmantelvertrag zwischen den beiderseitigen Zentralvorständen vereinbart war, hat die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes das Verhandlungsergebnis abgelehnt. Dadurch war der Holzarbeiterverband genötigt, den Inhalt dieses Vertrags im Geheiß einer Reihe von Bezirksarbeitsverträgen zur Durchführung zu bringen.

Diese Verträge waren am 15. November 1926 mit dreimonatiger Frist kündbar. Einige Wochen vor diesem Kündigungsstermin traten — auf Anregung der Unternehmer — Vertreter beider Parteien zusammen, um zu prüfen, ob es möglich ist, ohne Kündigung der Bezirksarbeitsverträge diese zu einem einheitlichen Mantelvertrag umzugestalten.

Die Verhandlungen darüber zogen sich längere Zeit hin, denn es waren erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn die Bezirksarbeitsverträge auch im wesentlichen gleichlautend waren, so enthielten sie doch in manchen Einzelheiten Unterschiede, die sich nicht leicht ausgleichen ließen. Die Regelung der Ferien war nicht in allen Bezirken gleich, die Unterschiede in den Lohnschlüsseln waren zum Teil recht erheblich. Es handelt sich hier um die Abstimmung der Vertragslöhne für die verschiedenen Berufsgruppen und Altersklassen vom „Ecklohn“, dem Vertragslohn des über 22 Jahre alten Facharbeiters. Die Verhandlungen wurden von vornherein unter dem Gesichtspunkt geführt, daß

das geltende Vertragsrecht erhalten bleiben soll; das erhöhte die Schwierigkeit, bei den Lohnschlüsseln eine einheitliche Linie zu gewinnen.

Am 30. Januar und 1. Februar tagte eine Konferenz des Beirats des Holzarbeiterverbandes in Berlin. Das Ergebnis der Verhandlungen fand nicht einmütige Zustimmung. Das ist erklärlich, da für manche Bezirke der Lohnschlüssel eine Verschlechterung erfahren hat. Die Reduzierung auf den Reichsdurchschnitt bedeutet jedoch für viele zurückgebliebene Bezirke eine wesentliche Verbesserung. Deshalb wurde schließlich der neue Mantelvertrag gutgeheißen.

Gleichzeitig tagte die Generalversammlung des Arbeiterverbandes in Stuttgart. Auch hier wurde dem Ergebnis der Verhandlungen zugestimmt. Der Mantelvertrag ist somit von beiden Seiten angenommen und tritt am 16. Februar in Kraft.

Der Mantelvertrag regelt nur die allgemeinen Arbeitsbedingungen und er bestimmt das Verhältnis der Vertragslöhne zu dem „Ecklohn“ in den einzelnen Bezirken. Diese Ecklöhne selbst sind aber noch nicht festgesetzt.

Der neue Mantelvertrag bestimmt die Formen, unter denen künftig Lohnverhandlungen geführt werden. Voraussetzlich werden diese schon in nächster Zeit aufgenommen werden. Die Annahme des Mantelvertrags ist eine wichtige Etappe in der schrittweisen Vertragskampagne in der Holzindustrie; die Kampagne selbst ist aber noch nicht beendet. Es wird noch manche Schwierigkeit überwunden werden müssen.

Der neue Mantelvertrag gilt übrigens nicht für das ganze Reich. So fallen zum Beispiel die Provinzen Ostpreußen und Pommern, ferner Mecklenburg, Rheinland, Westfalen, die Rheinpfalz und das Tarifgebiet Sachsen-Anhalt nicht unter diesen Vertrag. Das hängt mit dem Organisationsgebiet des Arbeiterverbandes zusammen. In den meisten Bezirken, in denen dieser nicht vertreten ist, hat der Deutsche Holzarbeiterverband mit der dominierenden Unternehmerorganisation Tarifverträge.

Auch für Berlin gilt der Manteltarif nicht. Die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie gehören dem Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie nicht mehr an.

Kommunistische Niederlagen. In der kommunistischen Hochburg Hindenburg in Schlesien sind die Kommunisten bei der Ortsverwaltungswahl des Deutschen Metallarbeiterverbandes zum erstenmal hinausgewählt worden. Die Amsterdamer Liste erhielt 151 Stimmen, die der Kommunisten 50 Stimmen. In der Ortsverwaltungswahl in Venhien und Malapane sind sie ebenfalls glatt durchgefallen. Wer die obererschlesischen Verhältnisse kennt, dem wird diese Niederlage nicht so überraschend kommen, denn dieser gingen die Niederlagen bei den Betriebsräte-wahlen voraus. Von 109 Betriebsräten des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der Großindustrie gehören nur 5 der kommunistischen Partei an. Nur weiter so auf dem „oppositionellen Vormarsch!“

Abgabe in Berlin. In ihrer Hochburg Berlin, und zwar bei der Ortsverwaltungswahl des Textilarbeiterverbandes, haben die Kommunisten eine neue Abgabe erhalten. Die Neuwahl erfolgte nach der von der Ortsverwaltung im Einvernehmen mit den Branchenleitungen aufgestellten Vorschlagsliste, die mit Ausnahme einiger zurücktretender Mitglieder aus Funktionären der bisherigen Verwaltung bestand. Die „Opposition“ verlangte ebenfalls zur Mitarbeit herangezogen zu werden und machte einige Ergänzungsvorschläge. Die Abstimmung ergab jedoch mit erdrückender Mehrheit die Annahme der Vorschlagsliste und somit die Wiederwahl der bisherigen Ortsverwaltung mit den vorgeschlagenen Änderungen.

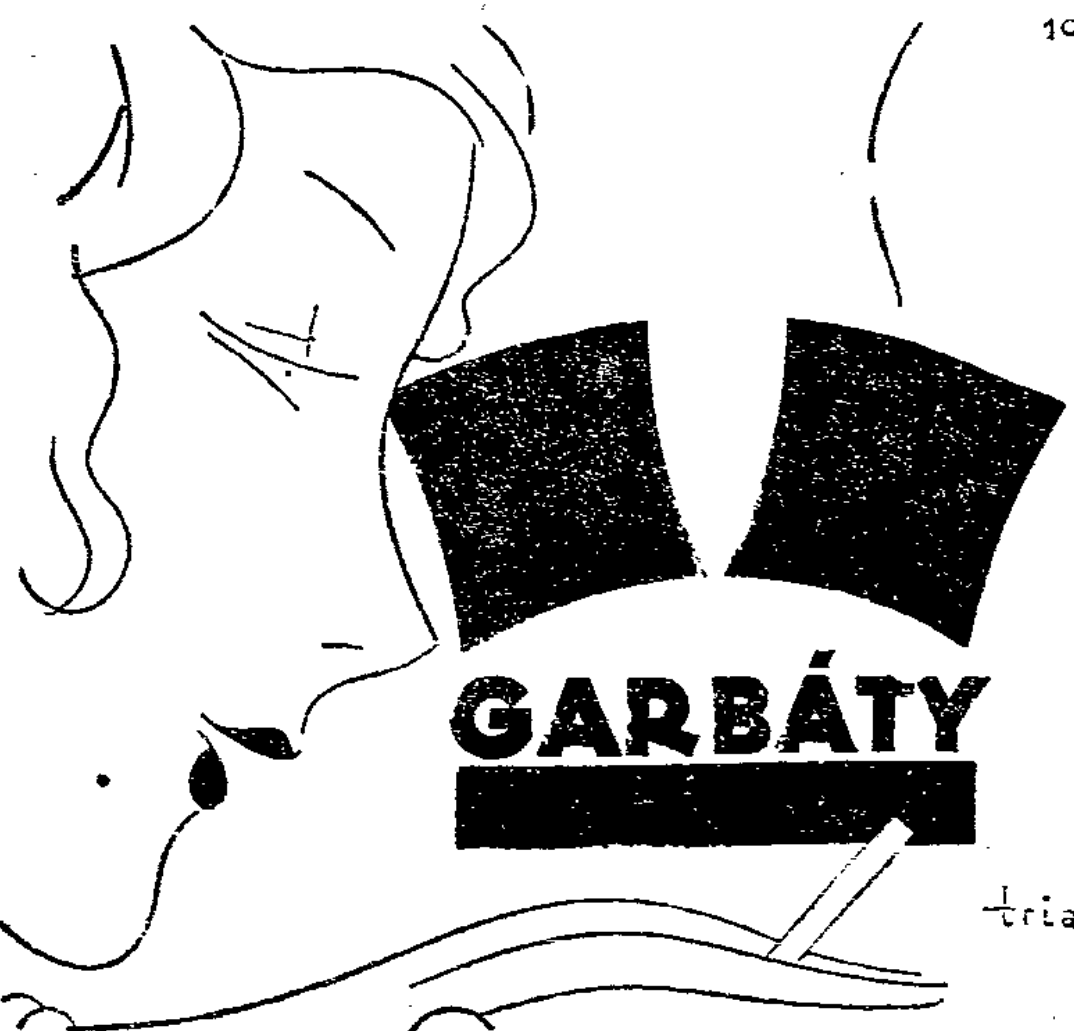
Schwierige Verhandlungen im Baugewerbe. Die Verhandlungen über einen Reichstarifvertrag für das Baugewerbe wurden vom 29. bis 31. Januar d. J. fortgesetzt. Die Parteien kamen sich in einigen Punkten näher. Die Verhandlungen gestalteten sich trotzdem auch diesmal wieder schwierig. Immerhin ist auf beiden Seiten der Wille vorhanden, die noch vorhandenen Gegenstände auszugleichen und, wenn irgend möglich, zu einem Reichstarifvertrag zu kommen. Die Verhandlungen werden Ende Februar fortgesetzt werden.

Textil-Schiedspruch für Hannover. Durch den Schlichter für den Bezirk Hannover ist für die Textilbetriebe von Hannover und Braunschweig ein Spruch gefällt worden, der die bisherigen Löhne um 6 Prozent erhöht. Die Arbeiterchaft hat dem Spruch ihre Zustimmung gegeben, die Unternehmer dagegen scheinen sich an die Parole ihrer Spitzenorganisation halten und keine Lohn-erhöhung gewähren zu wollen.

Die amerikanischen Vergarbeiter gegen die Kommunisten. Die Londoner „Times“ meldet aus New York, daß die Delegierten des amerikanischen Vergarbeiterverbandes auf ihrem Kongress in Indianapolis sich nahezu einstimmig für eine Abänderung ihrer Satzungen erklärten, die auf Ausschluß aller Kommunisten aus ihren Organisationen abzielt. Von 1500 Delegierten stimmten noch nicht 15 gegen die Entschärfung.

Bereinstellender

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 50 fertig, aufgenommen.
Sattler-, Tapezierer- und Portefeinler-Verband. Am Freitag den 4. Februar, abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im „Artushof“
Amateur-Photographen. Sonnabend den 5. Februar in „Samaras Kaffeebar“ Hindenburgstraße Anmeldungen zum Reichsarbeitsrat. Gäste willkommen. Vortrag.



Ein deutsches Kind
 in gutem solidem Haus aufgezogen
 und pfleglich behandelt ist die
NEUE MATOS
 in neuem Gewande von jeher
 ein Liebling der Raucherwelt.
 Wer sich an sie gewöhnt, bleibt
 ihr treu. Sie ist eben von besonderer
Qualität!

Nachrichten aus der Provinz

Bekämpfung von Entsechäden

Wie dem „Amtlichen Preussischen Preßdienst“ aus dem Landwirtschaftsministerium geschrieben wird, ist die Bekämpfung des Saatgetreides wichtig zur Vermeidung von Entsechflüchtern durch Getreidekrankheiten, wie Brand, Streifenkrankheit u. a. Merkblatt Nr. 2 der Biologischen Reichsanstalt nennt erprobte Weizmittel und gibt Anleitung für die Ausführung des Weizens. Ausführlicher über einzelne Getreidebrände enthalten mehrere Flugblätter der Biologischen Reichsanstalt (Nr. 26 Weizenbrand, Nr. 38 Gasterbrand, Nr. 48 Gersten- und Weizenflugbrand).

Die Verfahren zur Bekämpfung der Feldmäuse, gegen die zweckmäßig in den Wintermonaten vorgegangen wird, sind in Flugblatt Nr. 18 beschrieben; auch in Merkblatt Nr. 3 werden geeignete Mäusebekämpfungsmittel angegeben. Die wirksamste Maßnahme gegen den Baumweißling ist die im Laufe des Winters vorzunehmende Entfernung der an den Obstbaumzweigen hängenden Winternester dieses Schädling, wie in Flugblatt Nr. 70 näher ausgeführt wird.

Vom Erbsenkäfer befallene Erbsensamen lassen sich durch ein im Februar anzuwendendes einfaches Verfahren leicht von dem Schädling befreien; Näheres darüber findet sich im Flugblatt Nr. 57. Bis spätestens Ende März muß das Anlegen von Reimringen um die Reifer zur Bekämpfung des Kiefernspinners beendet sein. Genaue Anleitung für die Ausführung des Reimens gibt Flugblatt 37.

Die Flug- und Merkblätter sind gegen Einzahlung des geringen Bezugspreises (Einzelpreis 10 Pf.) auf das Postcheckkonto Berlin Nr. 75 der Biologischen Reichsanstalt für Landwirtschaft, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Strasse 19, postfrei zu beziehen. Die Bestellung kann durch Angabe der Platinummer auf Zahlkarte erfolgen. Auf Wunsch werden Verzeichnisse aller erschienenen Flug- und Merkblätter kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Kriegsblindentagung

Am Sonntag hielt der Bezirksverband der Provinz Sachsen-Anhalt des Bundes erblindeter Krieger in Halle seine Jahresversammlung ab, mit der er zugleich die Feier des 10jährigen Bestehens der Bezirksorganisation verbinden konnte. Die Tagung war von 114 blinden Delegierten aus allen Teilen der Provinz Sachsen und Anhalt besucht; eine Anzahl Behörden hatten Vertreter entsandt. Die in jeder Beziehung harmonisch verlaufene Tagung wurde besonders durch stimmungsvolle Darbietungen des freien Sängerkorps Halle. Der Schatzmeister des Bezirksverbandes, Paul Hartmann, hielt die Jahresansprache und schilderte insbesondere die großen Verdienste seines vom Bestehen der Organisation amtierenden Vorsitzenden, des Genossen Karl Günther (Halle).

Nach der Eröffnungsrede des Vorsitzenden überreichten Delegierte im Namen des Bezirksverbandes, der Untergruppe Magdeburg, der Ortsgruppen Halle, Erfurt, Weissenfels und Halberstadt dem Genossen Günther eine Reihe wertvoller Geschenke, in der die Anerkennung und Dankbarkeit für die erfolgreiche Tätigkeit des Führers zum Ausdruck kam. Mit bewegten Worten dankte Genosse Günther für die vielen Ehrungen. Namens der Provinzialverwaltung und des Landesfürsorgeverbandes überbrachte Landesrat Daurischmidt die besten Wünsche. Es sprachen ferner noch andere Vertreter verschiedener Behörden und Verbände.

Eingehend berichtete dann Genosse Günther über Bundes- und Bezirksangelegenheiten. Er zeigte, wie schwer den Kriegsblinden oft das Leben trotz aller lokalen Versicherungen von den Versorgungsbehörden gemacht wird. Aus zahlreichen Beispielen konnte man ersehen, daß in gewissen Umständen sozialer Geist überhaupt nicht zu bemerken ist, daß man die Anträge der Blinden rein bürokratisch, ohne jedes Verständnis bearbeitet und dadurch zu ganz unverständlichen Entscheidungen kommt. Gegen diese Engstirnigkeit müsse der Bund der erblindeten Krieger immer wieder ankämpfen. Wenn der Bund nicht wäre, würde es wohl um das Geschick der Kriegsblinden böse aussehen.

Genosse Günther wies besonders auch auf das schwere Los hin, das die Frauen der Kriegsblinden haben, an die andere Anforderungen gestellt werden als an andere Ehefrauen. Durch ihre Tätigkeit nehmen sie dem Staate die Stellung einer Pflegeperson ab. Daher hätten sie einen Rechtsanspruch darauf, daß der Staat ihre Existenz auch für die Zeit nach dem Tode des erblindeten Gatten sichert. Scharf protestierte der Redner gegen das Vorgehen der Versorgungsbehörden, die dem Blinden die Rente kürzen, wenn sie einen Nebenverdienst haben.

Der Bund erblindeter Krieger besitzt zwei Erholungsheime in Braunlage und in Swinemünde; ein drittes in Bad Salzhausen soll jetzt erworben werden.

Nach diesem Vortrag des Genossen Günther, der oft von lebhaftem Beifall unterbrochen war, sprach Kreismedizinalrat Dr. Kühnle in (Merseburg) über „Die Reifezeit und ihre Gefahren für die Jugend“. Krankenkassensekretär H. Klemm (Halle) referierte über die Heilbehandlung der Kriegsopfer. Ein Vortrag des Taufhimmels-Überseheren A. Meißner (Münchberg) über „Die Kriegsblinden im Lichte der Psychologie“ mußte infolge schwerer Erkrankung des Redners ausfallen.

Der Jahres- und Kassenbericht ergab ein sehr erfreuliches Bild. Der Kassenbestand hat sich fast verdoppelt. Der alte bewährte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt: 1. Vorsitzender Karl Günther (Halle), Schatzmeister Hartmann (Halle), Schriftführer Theil (Halle), Reichsleiter Blindenlehrer Mathies (Halle) und Semler (Halle). Öffentlich zeigen die Versorgungsbehörden den Wünschen der Blinden gegenüber das Verständnis, das notwendig ist, um ihnen ihr Dasein so leicht wie möglich zu machen.

Kreis Wanzleben

Die praktische Bekämpfung der Wohnungsnot ist von den Selbsthilfe einrichtungen der Arbeiterschaft erfolgreich in Angriff genommen. Die Volksfürsorge konnte in den letzten 2 Jahren durch die Hergabe von 14000 Quadratmetern Neubaubau von 5000 Arbeiterwohnungen ermöglichen. Diese hervorragende Leistung mußte selbst die letzten Arbeiter zur Teilnahme bringen und ihr zum Anschluß an die Genossenschaft bewegen. Die Volksfürsorge führt gegenwärtig eine Werbewoche durch, während der alle Gewerkschaften und Parteigenossen durch Funktionäre der Volksfürsorge besucht werden.

Die Parteiverammlung konnte besser besucht sein. Es zeigte sich, daß diese an Wochentagen besser besucht sind als an Sonntagen, und deshalb fast möglichst an eifriger Teilnahme werden. Den Kassenbericht gab Genosse Ledert. Dieser zeigt eine Stabilität der Mitgliederbewegung, u. a. 18 Neuaufnahmen. Die regelmäßige Beitragskassierung hat es fertiggebracht, daß fast keine Restanten mehr sind. Bis auf den 2. Vorsitzenden wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Ergänzt wurde dieser durch den Genossen Günther. Als Kreisparteitagsdelegierter wurde Genosse Schmidt gewählt. Gleichzeitig wurden vier Stadtorordnete und Frau Schneider zur Teilnahme an dem Parteitag in Erfurt bestimmt. Außerdem wurden die Maifeier und die jährliche politische Lage besprochen. Ueber die politische Lage soll demnächst ein Vortrag gehalten werden. In seinem Schlußwort forderte Genosse Schmidt die Anwesenden auf, sich weiterhin der Partei zur Verfügung zu stellen und vor allen Dingen unsern Gegnern gegenüber mehr Aktivität zu zeigen.

Jahresversammlung des Gesangsvereins Frohna nunmehr bestimmt am Donnerstag abend. Da wichtige Beschlüsse gefaßt werden, muß auch der Frauenchor vollzählig erscheinen.

Bäuerliche Bevölkerung und Bürgerblockregierung

Noch immer sind die Taten der sogenannten Rechtsregierungen zum Schaden für die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land ausgeschlagen. Der Reichslandbund, der ja immer noch vortritt, ist nun über die neue Regierung Mary-Schiele schon ganz aus dem Häuschen und erwartet von ihr, daß sie besonders der Landwirtschaft Vorteile bringen wird, wobei er unter Landwirtschaft immer treu und brav den Großgrundbesitzer versteht, wenn er auch alles tut, um seine kleinbauernfeindlichen Tendenzen abzuleugnen. Am so verlockender ist es, an einigen Erinnerungen aus der Steuererhebung der letzten Jahre den Beweis zu führen, daß die Klein- und mittelbäuerliche Bevölkerung noch immer der Leidtragende gewesen ist, wenn vom Landbund beeinflusste Minister über die Steuerfragen in der Landwirtschaft zu entscheiden hatten.

Jeder bäuerliche Besitzer, der die Zeitereignisse der letzten Jahre verfolgt hat, wird sich sicherlich dessen erinnern, daß zu der Zeit, als Genosse Dr. Hilferding, Finanzminister im Reich war, alles geschah, daß mit den Steuererhöhungen, wie sie seit Menschengedenken auf dem Lande bestanden hatten, aufgeräumt wurde. Er weiß, daß es damals gelang, die Buchführung als Grundlage für die Steuererhebung der Großgrundbesitzer zu beseitigen und daß auch die

einseitige Bevorzugung der Großbetriebe aufhörte, die in der Veranlagung nach dem Steuerjahr vom 1. Juli des einen bis zum 30. Juni des andern Jahres lag, während die Kleinbetriebe nach dem Kalenderjahr veranlagt wurden und dadurch allein in der Inflationszeit das Vielfache von dem an Steuern zahlten, was die Großbetriebe zu leisten hatten.

Der aufmerksame Beobachter weiß aber auch, daß alle diese Vorteile sofort wieder aufgehoben wurden, als der deutschnationale Herr von Schlieffen, der jetzt Leiter des Landesfinanzamts in Magdeburg ist, in das Reichsfinanzministerium einzog. Denn dieser führte zwar die Besteuerung aller Landwirte nach dem Steuerjahr durch, machte aber den famosen Vorschlag, daß nun auch für alle Landwirte die Buchführung als Grundlage der Einzahlung gelten sollte, wohl wissend, daß die Inhaber der Klein- und Mittelbetriebe keine Bücher und demgemäß doch wieder der willkürlichen Einsetzung durch die Finanzämter und die vom Landbund besetzten Steueraussschüsse unterliegen würden.

Neulich verhielt es sich mit dem unter dem gleichen Reichsfinanzminister im vorigen Jahre zustande gekommenen Einkommensteuergesetz, das den unbestrittenen Erfolg hatte, daß der Großgrundbesitzer gar keine oder nur eine verschwindend geringe Einkommensteuer zahlte, während die Klein- und Mittelbauern zu ganz ungewöhnlich hohen Steuerbeträgen herangezogen wurden.

Dasselbe Schauspiel wie im Reich hat sich nun 1926 auch im Freistaat Braunschweig zugetragen, seitdem eine unter dem Einfluß des Landbundes stehende Regierung am Ruder ist. Diese

nahm Anstoß an der auf Antrag kleinbürgerlicher Vertreter von der vorhergehenden Regierung eingeführten gestaffelten Grundsteuer. Die Landbundregierung brachte daher einen Antrag ein, durch den die Staffellung zugunsten der Großgrundbesitzer erheblich gemildert, aber gleichzeitig der Grundsteuerwert auf die Hälfte des Friedenswertes herabgesetzt wurde. Das aber ergab einen so erheblichen Steuerausfall, daß er auf andre Weise eingestrichen werden mußte. So verfiel man auf die Hauszinssteuer für die Landwirtschaft, von der diese bisher befreit war, die aber nun mit den Stimmen desselben Landbundes Annahme fand, der sonst so beweglich über die „hohen Lagen“ der Landwirtschaft zu klagen versteht. Die Zustimmung der Landbundler zu dieser Steuer wird jedoch erklährt, wenn man erfährt, daß die Hauszinssteuer allein in unglücklicher Härte die Klein- und Mittelbetriebe trifft. Das beweist an besten ein Vergleich zwischen der Belastung eines Betriebs, dessen Steuerwert 20 000 Mark beträgt und derjenigen eines Betriebs, dessen Steuerwert 60 000 Mark ausmacht. Es zahlte der Betrieb mit 20 000 Mark früher Staatsgrundsteuer 21 Mark, Hauszinssteuer —, zusammen 21 Mark, jetzt Staatsgrundsteuer 12,50 Mark, Hauszinssteuer 50 Mark, zusammen 62,50 Mark; mit 60 000 Mark früher Staatsgrundsteuer 1500 Mark, Hauszinssteuer —, zusammen 1500 Mark, jetzt Staatsgrundsteuer 675 Mark, Hauszinssteuer 200 Mark, zusammen 875 Mark.

Wie man sieht, war diese „Steuerreform“ ein geradezu glänzendes Geschäft für den Großgrundbesitzer,

der seine Lagen fast um die Hälfte ermäßigen konnte, während diejenigen der Klein- und Mittelbauern nahezu um das Dreifache stiegen. So übte der Landbund Verrat an der Bauernschaft im Freistaat Braunschweig und ist bereit, ihn auch sonst überall zu begehen, wo sich die Gelegenheit dazu bietet. Nun wird zwar das Reichsfinanzministerium in dem neugebildeten Kabinett Marx nicht von einem deutschnationalen, sondern von dem als guter Republikaner bekannten badischen Zentrumsmann Doktor Köhler verwaltet werden, aber wie soll der sich in einem Ministerium zugunsten der bäuerlichen Betriebe durchsetzen, in dem als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Herr Schiele (Schollene) sitzt, und dem weitere drei deutschnationale und zwei deutschvolksparteiliche Minister angehören, also eine Stimmenmehrheit für die Landbundabsichten schon vorhanden ist, selbst wenn die andern Kabinettsmitglieder nicht zustimmen sollten?

Man wird sich also in den Kreisen der Klein- und Mittelbauern auf alles Mögliche gefaßt machen müssen, hat aber demgemäß schon jetzt die Pflicht und Schuldigkeit, sich zu überlegen, wie man solchen Unheil in Zukunft vorbeugen will. Wir meinen, das sollte für die Inhaber der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe nicht mehr schwer fallen, nachdem ihnen durch den Entwurf zu einem sozialdemokratischen Agrarprogramm klar gemacht worden ist, wo die wahren Förderer ihrer Interessen zu finden sind.

Bledendorf

Öffentlicher Lichtbildervortrag am Donnerstag den 3. Februar, abends 8 Uhr, in Buchmanns Lokal. Der Deutsche Landarbeiterverband zeigt in diesem Film Weiteres und Ernstes aus dem Leben der Landarbeiterschaft. Der Besuch dieses Lichtbildervortrags ist jedem zu empfehlen.

Parteiabendversammlung am Sonntag den 6. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Ginzke.

Egersleben

Republikanischer Werbetag. Am Sonntag den 6. Februar findet in unserm Orte ein Werbetag mit Lichtbildervortrag „Zeit im Bild“ statt. Die gesamte Einwohnerschaft unsers Ortes ist dazu eingeladen.

Langenweddingen

Der Theaterverein Freie Volkshühne gab am Sonnabend eine Aufführung im Braunschigen Saale. Der Besuch ließ zu wünschen übrig, was besonders zu bedauern ist, weil die Stücke ausfallend wirken und von allen Darstellern gut gespielt wurden. Es ist zu wünschen, daß bei den nächsten Aufführungen die Arbeiterschaft sich mehr daran beteiligt. Die Freie Volkshühne ist wirklich ein Volksumernehmen.

Klein-Oschersleben

Lichtbilder-Werbevortrag. Am Sonnabend den 5. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal Fürst Bismarck ein Werbeabend mit Lichtbildervortrag und Langenweddingen statt. Alle Einwohner sind dazu eingeladen.

Zarthur

Generalversammlung der Partei am Sonntag nachmittags 3 Uhr bei Klümcke. Wichtige Tagesordnung.

Beim Holzfällen in die Bode gefallen und nur mit Not dem nahen Element entronnen ist am Sonnabend unser alter Genosse Christian Schmidt. Ein anderer alter Rentempfinger, der dem Genossen Schmidt beim Holzfällen behilflich war, ist noch so kräftig gewesen, das Schlimmste, den Tod des Ertrinkens zu verhindern. Er rettete den Genossen mit eigener Lebensgefahr. Wir wünschen dem Genossen Schmidt baldige Genesung, damit uns seine Kraft wieder zur Verfügung steht.

Eine arge Schlägerei mit Dunggabel und Stampfeisen entwickelte sich hier wegen ganz geringfügiger Wohnungsangelegenheiten zwischen einem Hauswirt und einem bei demselben wohnenden Mieter. Schon am Morgen in aller Frühe mußten die beiden ärztliche Hilfe anrufen. Der Arzt hat jedem den Kopf zusammenzudrücken müssen. Jedenfalls hat die Schlägerei noch ein gerichtliches Nachspiel.

Der Arbeiter-Turnverein, der infolge der Geldentwertung und anderer unliebsamer Vorkommnisse zurückgegangen war, jedoch seit einiger Zeit unter Führung unfrer Genossen wieder Leben verspürt, veranstaltet am 19. Februar in Königs Lokal einen Werbeabend, worauf der guten Sache wegen schon jetzt hingewiesen sei. In dem Werbeabend werden die Arbeiter-Turnvereine Egein, Wolmirstedt, Westeregeln und Anseburg teilnehmen und ihr Können zeigen.

Kreis Jerichow 1

Kommunalpolitischer Ausschuß.

In dem Bericht über den Unterbezirksrat des Kreises Jerichow 1 ist vergesen worden zu erwähnen, daß in den Kommunalpolitischen Ausschuß auch der Genosse Ebrecht (Germisch), und zwar wegen seiner Sachkenntnisse auf dem Gebiet der kommunalen Wohlfahrtspflege, gewählt worden ist. Der Kommunalpolitische Ausschuß besteht also aus folgenden Genossen: Bürgermeister Lerche (Gommern), Stadtrat Fißel (Burg), und den Kreisratsabgeordneten Terrisch (Jizjar), Meier (Mandau) und Ebrecht (Germisch).

Gommern

Die Sozial- und Kleinrenten werden am Freitag den 4. Februar, vormittags von 10 bis 12 Uhr, in der Räumerkasse, Breite Straße 2, gezahlt.

In der Zimmererversammlung gab der Vorsitzende Otto Klingner den Geschäftsbericht. Dann wurden interne Angelegenheiten besprochen. Die Vorstandswahl ergab: 1. Vorsitzender Otto Klingner, 2. Vorsitzender Wilh. Abraham. Am Sonnabend den 12. März findet in der „Sonne“ ein Zimmererball statt.

Frauenversammlung am Freitag den 4. Februar, abends 8 Uhr, in der „Sonne“. Landtagsabgeordnete Genossin Volkman (Salberstadt) spricht über „Die Frau und die Sozialdemokratie“.

Die Lage des Arbeitsmarktes war auch Ende Januar ungünstig. Entlassungen von Mannern und Nachbedern fanden im Baugewerbe statt. Auch in der Metallindustrie wurden Schloffer erwerbslos. Einige Einstellungen fanden in den Steinbruchbetrieben statt. In den Schuh- und Pantoffelfabriken wird voll gearbeitet. In der Landwirtschaft hielt die Vermittlungstätigkeit an. Besonders wurden Burchen und ledige Geschäftsführer, teilweise auch Deputatsfamilien, benötigt. Alle gemeldeten Stellen konnten besetzt werden. Auch zum Holzfällen sind Arbeitskräfte eingestellt. Die Arbeitsmarktlage für weibliche Arbeitskräfte ist unverändert. Vereinzelt sind Arbeiterinnen vorübergehend eingestellt; jedoch fanden auch weiterhin Entlassungen statt. Die Vermittlung von Haus- und Dienstmädchen war günstig. Erwerbslos waren in der Berichtswache 390 Personen, und zwar 334 männliche und 56 weibliche. Erwerbslosenunterstützung bezogen 275 Personen, und zwar: 250 männliche und 25 weibliche. Aus der Krisenfürsorge wurde eine männliche Person unterrichtet.

Biederitz

Einen republikanischen Werbetag veranstaltete am Sonntag den 6. Februar das Reichsbanner. Die Einwohner sind dazu eingeladen. Von 2 bis 3 Uhr findet im Plattenort des Blasorchesters der Abteilung Alte Musik auf dem Friedensplatz statt. Amzug, Konzert und Ball in der „Weintraube“. Gauführer Rammrad Böber wird die Werberede halten.

Kreis Wolmirstedt

Varleben

Generalversammlung des Arbeitergesangsvereins. Am Sonnabend hielt der Arbeitergesangsverein im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung ab. Der Besuch war ein guter. Das vergangene Jahr hat gezeigt, daß der Mitgliederbestand ziemlich gleich geblieben ist. Die Abrechnung des Kassierers ergab einen guten Kassenbestand. Der Besuch der Übungsabende war auch ein regelmäßiger. Der Männerchor steht seit einigen Wochen unter Leitung eines Dirigenten aus Magdeburg. Die Leistungen des Chores geben zu guten Hoffnungen Anlaß. Da der Ort viele Industriearbeiter hat und viele sich noch nicht an Wirken der hiesigen Arbeitervereine aktiv beteiligen, wird noch mancher Sangeslustige die Gelegenheit zur Pflege guter Gesangskunst wahrnehmen. Die Vorstandswahl ergab eine Wiederwahl des gesamten Vorstandes. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit einen gemischten Chor zusammenzustellen. Am diesjährigen Bezirksfest am 3. Juli in Neuhaldensleben nimmt der Chor teil. Am Sonnabend den 5. März hält der Verein im Gewerkschaftshaus einen bunten Abend mit nachfolgendem Ball ab.

Eichenbarleben

Zwei Millionen Mark Sterbegebeur konnten seit der Inflationszeit von der Volksfürsorge zur Auszahlung gebracht werden. Mit dieser Summe dürfte in den Reihen der Arbeiterschaft eine wirklich kräftige Hilfe geleistet worden sein. Jeder Arbeiter sollte Versicherungen nur bei der Volksfürsorge vornehmen. Die Volksfürsorge agitiert zurzeit in unserm Orte. Alle Gewerkschaftler und Parteigenossen werden von den Funktionären derselben aufgejuchelt werden. Bei diesen sollte der letzte Arbeiter seinen Beitritt erklären.

Angern

Öffentliche Versammlung am Donnerstag den 3. Februar im Lokal von Rud. Wieneke. Gemeindevorsteher Schröder (Eichenbarleben) spricht über Steuerfragen der Landbevölkerung.

Groß-Ummensleben

Landarbeiterverband Generalversammlung Freitag abend 8 Uhr im Teneffschen Lokal.

Magd

Invaliden- und Rentnerversammlung. Am Sonntag den 6. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet in Magd eine öffentliche Versammlung des Zentralverbandes der Arbeitslosen und Witwen statt. Der frühere Amts- und Gemeindevorsteher Adolf Jacobs (Langenweddingen) wird über Zweck und Ziele des Verbandes sprechen.

Kreis Neuholdensleben

Eine seltsame Anklage.

In Wefensleben passierte folgendes: Ein junges Mädchen findet in einem Eisenbahnabteil eine Damenhandtasche. Die ehrliche Finderin brauchte nicht erst aufgefordert zu werden, die Handtasche abzugeben, sondern ging selbst zu dem nächsten Eisenbahnbeamten auf dem Bahnhof in Wefensleben und übergab dem die gefundene Tasche, nachdem sie sich vorher davon überzeugt hatte, daß sich in der Tasche ein Portemonnaie mit über 50 Mark Bargeld befand. Der Beamte übernimmt die Tasche, klemmt sie unter seinen Arm, geht damit schnurstracks in das Bureau des Stationsvorstehers und gibt sie dort als gefunden ab. Die Finderin ist damit bis zu dem Augenblick erleichtert, wo sich die Vertreterin der Tasche meldet und dem Stationsvorsteher mitteilt, daß die Belohnung ja schon herausgenommen sei. Es fehlten nämlich von dem Inhalt 21,50 Mark.

Das war für den Stationsvorsteher sehr peinlich. Er muß den Vorfall melden und Ermittlungen anstellen lassen. Der „Verdacht“ lenkte sich auf den Eisenbahner, der die Tasche angenommen hatte. Er wird gehört und befreit, Geld aus der Tasche genommen zu haben. Er will sich nicht einmal den Inhalt der Tasche angesehen haben. Der verdächtige Eisenbahner steht seit 17 Jahren in Eisenbahndiensten. Seit 17 Jahren ist nicht das geringste vorgefallen. Seine Vorgesetzten stellen ihm das beste Zeugnis aus. Das nützt alles nichts, die Staatsanwaltschaft in Magdeburg, die den Fall zur Verurteilung bestimmt, erhebt Anklage gegen den Eisenbahnbeamten, obwohl nicht der Schatten eines Beweises gegen den Verdächtigten erbracht worden war.

Der Eisenbahner muß vor das Schöffengericht in Magdeburg und wird tatsächlich der Mitschuldiger für die Anklage von 21,50 Mark angeklagt. Geradezu unverständlich ist die Anklage. Sie stützt sich nur auf Vermutungen. Am Dienstag fand die Verhandlung statt. Der „Angeklagte“ erklärt, daß er kein Geld genommen habe. Die Staatsanwaltschaft erhebt die bösliche Anschuldung des Mannes. Der Stationsvorsteher hält den Beschuldigten der Tat für nicht fähig. Der Eisenbahnüberwachungsbeamte Scholz erklärt, daß der Angeklagte das Geld nach Besichtigung der Verhältnisse nicht aus der Tasche genommen haben kann. Das hätte sonst jemand bemerken müssen. Zur völligen Entlastung des Angeklagten führt aber die Aussage der Finderin der Tasche. Sie hat den Angeklagten, nachdem sie ihm die Tasche übergeben hatte, mit den Augen bis zur Tür zum Bureau des Stationsvorstehers verfolgt. Bis zu diesem Augenblick hat der Angeklagte die Tasche nicht geöffnet. Sie bleibt aber dabei, daß bei der Uebergabe über 50 Mark in der Tasche waren. Wo das Geld geblieben ist, kann die Finderin natürlich auch nicht sagen.

Gehehelt wurde weiter, daß der Angeklagte nach Verleiten des Bureau die Tasche sofort abgegeben hat. Er hat sie dann nicht wieder in Händen gehabt. Das befanden seine Kollegen, die in dem Bureau des Stationsvorstehers anwesend waren. Er kann das Geld also nicht aus der Tasche herausgenommen haben. Der Staatsanwalt läßt nur endlich seine Anklage fallen und beantragt Freisprechung. Das Gericht folgt dem Antrag des Staatsanwalts und kommt zur Freisprechung, nicht etwa, wie das in den meisten Fällen geschieht, aus Mangel an Beweisen, sondern wegen völliger Unschuld des Angeklagten. Warum wurde überhaupt diese Anklage erhoben und warum wurde sie so weit getrieben, daß es zur Hauptverhandlung kam? Was dort zur Sprache kam, fand in dem Vorverfahren statt. Es ist ein Glück, daß der Angeklagte völlig rehabilitiert den Gerichtssaal verlassen konnte, sonst wäre er noch um seine Stellung bei der Eisenbahn gekommen.

Neuhaldensleben

Verbeabend. Die Ortsgruppe Neuhaldensleben im Verband deutscher Jugendherbergen veranstaltete am Donnerstag den 3. Februar, abends 8 Uhr, im „Gambinus“ einen Verbeabend. Es wird der Jugendherbergs- und Wandervogel „Ich Jahr in die Welt“ gezeigt. Ferner wird der Geschäftsführer des Zweigvereins Johannes Wenzelbecher einen Lichtbildvortrag halten. Der Beginn dieses Verbeabends ist allen, besonders aber den Mitgliedern der Jugend- und Sommerverbände, zu empfehlen.

Arbeiterjugendbund am Sonntag den 6. Februar, nachmittags 2½ Uhr, bei Herzog Lindebezirkskonferenz.

„Claf“, Tragödie eines Sportlers. Ein Gastspiel der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird am Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 6 Uhr und abends 8½ Uhr, bei Herzog Linde, Tragödie „Claf“, Schicksal eines Sportlers von Curt Kastorff, gegeben. Es sind Mitglieder erster

Bühnen, welche dieses Drama aufzuführen. Eintrittskarten können kostenfrei im Arbeitersekretariat sowie in den Betrieben durch die Betriebsräte in Empfang genommen werden. Ein Besuch dieser Vorstellungen ist sehr zu empfehlen.

Neuer Bebauungsplan. Die Stadtverwaltung hat einen neuen Bebauungsplan entworfen, welcher bereits die Genehmigung des Regierungspräsidenten erhalten hat. Die Stadtfläche ist in ein Baugelände und in ein Lagergebiet eingeteilt. Die Grenzen des Baugeländes gegen den Ortsteil und Güterbezirk Althaldensleben werden durch den Mittellandkanal und die Althaldenslebener Kreisstraße gezogen. Ferner bilden die Süpinger Kreisstraße, die Reichsbahn, ferner die Sauereller und Wehringer Kreisstraße Grenzlinien. Alle übrigen Grundstücke also, welche außerhalb dieser Linien liegen, gehören zum Lagergebiet. Zu dem Baugelände zwischen Notmeister- und Köpplerstraße, zwischen Jungfernstieg und Wehringer Straße sind einige Grünflächen vorgesehen. Dieses Viertel bildet das zunächst zu bebauende Wohngebiet, das Gelände am Mittellandkanal, auf der Ostseite der Althaldenslebener Straße, ist als Industriegebiet freigegeben. Hauptsächlich werden auch die notwendigen Mittel von der Stadt recht bald bewilligt, damit die Bautätigkeit in vollem Umfang aufgenommen werden kann. Die Wohnungsnot wird ganz besonders durch die Finanzmaßnahme des Mittellandkanals fühlbar werden.

Veendorf

Verband der Fabrikarbeiter. Der Besuch der Generalversammlung ließ sehr viel zu wünschen übrig. Den Jahresbericht gab Bezirksratssekretär Wiedebach. Nach dem Rückgang von 1925 bis zum Frühjahr 1926 ist es gelungen, die Mitgliederzahl beinahe auf die alte Höhe zu bringen. Trotz der niedrigen Löhne und der hohen Knappschaftsbeiträge ist die Beitragsleistung überaus gut. Wie die Unternehmer um die Arbeiter besorgt sind, ist wieder einmal daran zu erkennen, daß die letzte Kaltpreishöhung 9,65 Prozent betrug, während man den Arbeitern nur wenig über 3 Prozent höhere Löhne zahlte. Ueberhaupt werden gerade den Arbeiter die niedrigsten Löhne gezahlt. Die Zucker-, Zigaretten-, Glas- und Margarine-Industrie haben höhere Löhne. Es ist aber immer dasselbe: je stärker die Organisation, um so höher die Löhne. Darum ihr Arbeiter, hinein in den Arbeiterverband, dann kommen auch für euch wieder bessere Zeiten. Sehr viele vor den Arbeitsgerichten durchgeführte Klagen wurden fast alle zugunsten der Arbeiter entschieden; entweder mußten die Arbeiter entschädigt oder wieder eingestellt werden. Da der Kollege Kollinger nicht mehr hier im Betrieb arbeitet, wurde als Bevollmächtigter für Veendorf der Kollege Meinerhoff einstimmig gewählt. Als Kassierer wurde Kollege Baranick einstimmig wiedergewählt. Auf der Kaltpreisversammlung am 13. Februar in Staffort vertritt der Fabrikarbeiterkollege Wiedebach den hiesigen Betrieb mit. Zum Schluß wurde noch gefordert, daß jeder Kollege kräftig für den Verband und für die „Vollstimmte“ zu agitieren hat.

Der Arbeiter-Radfahrerverein Einigkeit veranstaltete am Sonntag einen Maskenball. Der überaus zahlreiche Besuch bewies wieder einmal, daß der Arbeiter-Radfahrerverein sehr geschätzt wird. Der Ueberflus des Vermögens wird wieder für den Sport verwendet.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Montag nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr auf der Chaussee nach Helmstedt. Bei der Unteren Holzmitte begegnete sich der Personennimbus und eine Kabinen Frau Wilke aus Götterode. Die Frau wollte vorüberfahren vom Fuhrweg absteigen, hat aber irgendwo beim Absteigen festgehackt, kam zu Fall und im selben Augenblick war auch schon das Unglück geschehen und die Frau überfahren.

Eisleben

Arbeiterjugendverein. Die Generalversammlung war gut besucht. Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde gutgeheißen. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender H. Palle, 2. Vorsitzender Otto Müller, Kassierer: Hr. Appemann, Schriftführerin L. Gröbe, Kassenführer H. Meier und H. Raumann. Es wurde beschlossen, der Arbeitsgemeinschaft beizutreten. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten wurde die gut verlaufene Veranstaltung mit der Aufforderungen zur Werbung und zur leitenden Mitarbeit geschlossen.

Ergleben

Die Parteiverammlung war einigermassen besucht. Von den eingeladenen Ortsgruppen aus dem Arbeitsgebiet waren Oberode und Hakenstedt erschienen; die Ortsgruppen Bregentz und Heringungen fehlten. Nach längerer Aussprache bestand

Einigkeit darüber, daß unser Arbeitsgebiet in Zukunft auch wieder im Kreisvorstand vertreten sein muß, und es wurde dafür Genosse Paul (Ergleben) dem Kreisparteitag in Eisleben vorgeschlagen. Als Delegierter zum Kreisparteitag wurde Genosse Wilhelm Zöllner gewählt, als Ersatzmann Genosse Wilhelm Knölke. Durch die Genossen Zöllner und Paul wurde die politische Situation erörtert. Angesichts der Entwicklung nach rechts muß sich die Arbeiterchaft fester denn je zusammenschließen.

Der neue Gemeindefug. Die Gemeinde hat jetzt den Zuschlag erteilt. Als Richter kommt ein Herr Niemeyer aus Neundorf bei Bernburg in den Gemeindefug. Er übernimmt die Bewirtschaftung am 1. April.

Wefensleben

Republikanischer Abend. Die Veranstaltung des Reichsbanners am Sonntag war sehr gut besucht. Alle Aufführungen fanden den Beifall der Zuhörer. Kreisleiter Raumann hielt die Festrede, in der er auf die Geschichte und die Bedeutung der schwarz-rot-goldenen Farben eingieng. Die Reichsbannerfahne von Meringersleben gab einige Proben ihre Schönheit. Es war eine erfolgreiche Veranstaltung. Allen Beteiligten sei Dank gesagt für ihre Mitwirkung.

Kreis Calbe

Lichtmeß in Glinde.

Der Omnibus von Barbh nach Schönebeck ist „preppenvoll“. Zu Bömmelte aber steigen die meisten aus, um sich der Lustwandern anzuschließen, die alle nach Glinde wollen. Nach Glinde, dem kleinen Dörflein im Elbebogen zwischen Barbh und Schönebeck, wo wieder einmal Lichtmeß ist. Denn Lichtmeß zu Glinde ist berühmt, ebenso berühmt wie alt: das 506. Mal wird es in diesem Jahre gefeiert, und es war versprochen worden, daß es diesmal ganz besonders schön werden sollte.

Ein Volksfest ist es, wenn auch der Bauer keine aktive Beteiligung kennt. Viel altes edles Kulturgut, wenn auch im modernisierten Gewand, bringt es an den Tag. Für Heimatfreund und Geschichtsgelehrte bietet es ein interessantes Gebiet der Forschung, um so mehr, als das Lichtmeßfest sonst nirgends in der ganzen Gegend gefeiert wird. Die Zeitungen laden rechtzeitig jedes Jahr zu den Festtagen vor dem 2. Februar ein, und nicht nur „die Presse“ fördert in das Dörflein, sondern auch mancher Professor kommt aus weiter Ferne, um mit herbeizufahren Augen und Ohren unter den Fröhlichen fröhlich zu sein.

Fingergedarrabumbumum kündigt den Festzug an. Lassen ihn an uns vorbeiziehen. Den Musikanten folgen dreierlei Märsche die Wärschen des Dorfes in Bierreihen. Die Scherzartikel, mit denen sie sich geschmückt haben, sind uns bekannt von Vorbier- und Kappenzeiten her. Wir müssen betonen, von den ältesten Zählern, den schätzbaren Kleidungsstücken, den blutroten Dickschalen, den bärtigen und bebrillten Gesichtern, den aus Vasser und Heringsbüchsen zusammengebauten Lärminstrumenten hat wir zunächst ein wenig enttäuscht.

Da fällt uns eine hohe Stange auf,

nicht weniger als 4 Meter lang und so mit Würsten behaftet, daß sie von zwei kräftigen Bürschen getragen werden muß. Wo sind die Würste her, und was hat das für eine Bedeutung erlangt? Sie sind von den Dorfsassen gespendet und sollen für die hungerigen Festgäste sein.

Dem Dorfgeist gegenüber, dessen Ufer von den berühmten Glinder Gänsen bevölkert sind, herrscht eine Art Jahrmarkt. Dort gibt es die „wunderbarsten“ Schaustücke zu sehen, die auch in diesem Jahre dem Erdkundengeist der Vorführer und Darsteller alle Ehre machen. Eine Hexe wütet umher, sich mit einem alten Koffer balgend, der nicht zulassen will. Das große Lichtmeßwunder ist ein Holzauto, mit viel Fleiß und Kunst zusammengestellt. In einem Kasten sitzt ein Hund als wirksamer Neffenschmacher für „Hundewurst“, die auf Abnahme lauert.

Seringe flugierten bei verschiedenen Vermummten als Schlipse, andre haben wieder den Wert ihrer Güte durch jaure Gurken erhöht. Ein Glinder hat sich zum Esel verwandelt, ein anderer zum Affen. Jäger und Nezer treten auf und treiben ihre Allgria. Ein Polizist bemüht sich im Schweiße seines Angesichts, im Trubel seiner Umgebung für Ordnung zu sorgen. Ein Reiz wirklich alter überlieferter Sitte hind

Die beiden Bären an einer Leine,

die überall lachende Gesichter erzeugen. Sie fangen mit ihrem Strid unbemerkt und plöcklich ihre Opfer ein und lassen sie nur genau ein jederhaftes Lösegeld wieder frei. Lehrer, D. Thunau aus Bad Salzjelmern schreibt, daß sie einst als Symbol des Wades

Abenteuer in Florenz

Roman von Lawrence S. Desbarrat.

Einzig berechnete Liebertragung aus dem Amerikanischen von Germania zur Mühlen.

Zeichnungen von Rudolf Bethge

4. Fortsetzung.

(Schluß des ersten Teils.)

„Wenn er mich angenommen hätte,“ erklärte er, „zu zweit wäre wir mit der Bande fertig geworden. Außerdem kenne ich aus meinem früheren Leben allerlei Tricks, die Brian nicht weiß. So jedoch...“ Er verzog die Stirn und machte ein belagertes Gesicht.

„Hörst Du mir das doch früher gesagt, Tomm!“ rief Diana zornig. „Schonst wäre es mir gelungen, Brian zu überreden, Dich mitzunehmen; aber jetzt ist es zu spät.“

„Es ist nie zu spät, Diana, ich werde ich ein junger englischer Kavalier sein.“

Das Mädchen nickte ihm zustimmend zu.

„Du bist ein hübscher Junge, Tomm, aber Du bewegst Dich wie ein Gefangenener.“

„Denn ich bin ein Gefangenener.“

„Was ist die Ursache Deiner Gefangenschaft?“

„Ich bin ein Gefangenener.“

„Denn Du bist ein Gefangenener.“

„Was ist die Ursache Deiner Gefangenschaft?“

„Ich bin ein Gefangenener.“

„Denn Du bist ein Gefangenener.“

„Was ist die Ursache Deiner Gefangenschaft?“

„Ich bin ein Gefangenener.“

„Denn Du bist ein Gefangenener.“

„Was ist die Ursache Deiner Gefangenschaft?“

„Ich bin ein Gefangenener.“

„Denn Du bist ein Gefangenener.“

„Was ist die Ursache Deiner Gefangenschaft?“

„Ich bin ein Gefangenener.“

„Denn Du bist ein Gefangenener.“

„Was ist die Ursache Deiner Gefangenschaft?“

jenen Kreisen Eingang zu finden, in denen sich Brian bewegen wird.“

„Tomm, Du bist wirklich ein Teufelskinder!“

„Das weiß ich.“ Tomm liti keineswegs unter allzu großer Bescheidenheit. „Jetzt aber gilt es, mich auf Herrn Gerwig zu verheißung und dabei mußt Du mir behilflich sein.“

Diana nahm die Zeitung, jänderte sorgsam das Bild, betrachtete dann lange, prüfend, Tomms Züge.

„Es dürfte gehen,“ meinte sie schließlich. „Geiztutage haben ich die jungen Männer alle ja abgesehen. Wir müßten nur die Gangartie kennen.“

„Was ist, die habe ich aus einem der Polizeibeamten herausgelockt, sie ist blond.“

„Wahrscheinlich?“ jagte Diana mechanisch, den Blick auf Tomms braunes Haar gefesselt.

„Gut. Und der Name Schumacher?“

„Den verschaffe ich Dir, auch das Haar werde ich Dir selbst färben. Du wirst.“ Diana blinzelte überaus auf das Bild, während ungeschicklich die gleiche sein.“

„Jetzt mußt Du mir noch beibringen, wie ich ein Mitglied der obigen Geheimnisse werden kann.“ jagte Tomm, „Du kommst doch auch mit diesen Leuten zusammen.“

„Die haben ich die Namen,“ meinte Diana, „aber nicht so wie Du, Tomm. Sie haben die schlauesten Manieren der Leute, die glauben, daß alles und alle auf der Welt nur für sie da sind. Ihre Artigkeit ist eine selbstverherrlichende, ganz verabschieden von der der Höflichkeit, deren Gedanke nur Höflichkeit verbergen soll.“

„Denn ich bin ein Gefangenener.“

„Was ist die Ursache Deiner Gefangenschaft?“

„Ich bin ein Gefangenener.“

„Denn Du bist ein Gefangenener.“

„Was ist die Ursache Deiner Gefangenschaft?“

„Ich bin ein Gefangenener.“

„Denn Du bist ein Gefangenener.“

„Was ist die Ursache Deiner Gefangenschaft?“

„Ich bin ein Gefangenener.“

„Denn Du bist ein Gefangenener.“

„Was ist die Ursache Deiner Gefangenschaft?“

„Ich bin ein Gefangenener.“

„Denn Du bist ein Gefangenener.“

„Was ist die Ursache Deiner Gefangenschaft?“

„Ich bin ein Gefangenener.“

„Denn Du bist ein Gefangenener.“

„Was ist die Ursache Deiner Gefangenschaft?“

„Ich bin ein Gefangenener.“

„Denn Du bist ein Gefangenener.“



(Fortsetzung folgt.)

hums und der Fruchtbarkeit galten, die man mit deren Gebrauch erzielen wollte.

In den Gasthöfen herrscht reges Leben. Die Gaststuben hallen von dem Lärme der Trinkfeiern wider, und im Tanzsaal schwingen die Jungen und die sich jung fühlen die Beine. Festorden überwachen den Eingang und überreichen den Eintretenden Festabzeichen, die im Zeichen des Frühlings stehen. An den Wänden in der Gaststube hängen photographische Aufnahmen von Lichtmeßzügen aus der Zeit vor dem Kriege, die fast alle einen geschmückten Kahn zeigen, ein volkstümlicher Beweis dafür, daß das Lichtmeßfest früher noch mehr örtliches Gepräge hatte als heute. Ein Teil der Dorfbevölkerung besteht nämlich aus Fischer und Schiffern, und für sie bedeutet in günstigen Jahren Lichtmeß den Beginn der Schifffahrt.

Aus der Geschichte des Lichtmeßfestes

Ist nach Thinius sonst noch zu berichten: Wenn die letzten Januar-tage dunkelten, tappten verummte Gestalten über den Schnee. Es waren ein paar junge Burschen, die von Gehöft zu Gehöft gingen, überall dorthin, wo frühliches junges Volk wohnte. Ge-rieten sie in eine Spinnstube, dann tönte Lachen und Jauchzen über die stille Dorfstraße. Diese übermütige Stimmung schafften die Brautbitter, die an diesen dunklen Januarabenden die Dorf-schönen mit der Einladung zur Lichtmeßfeier beglückten. Der Verstandige unter ihnen mochte wohl seine Volksgast in lustige Reime gekleidet haben. Heberall herrschte ausgelassenste Freude, wo sie mit dieser Nachricht einkehrten.

Zum Danke für die Einladung stellten die Mädchen den Brautbittern breite, bunte Bänder am Hock fest, und unter hellem Lachen und scherzenden Worten rauchten die Geschnittenen aus der Haustür. Und darauf begannen in allen Häusern die Vorber-eitungen zum Lichtmeßfest, das alsdann mit feinem Mummens-chausz, nur ausgedehnter, in ähnlicher Weise gefeiert wurde wie heute.

Barbn

Die als Notstandsarbeit beschlossene Anlage einer Weiden-kultur ist in Angriff genommen worden. Die Betonierung der Straße B läßt wegen des Wetters noch auf sich warten. Neue Beschäftigung eine Anzahl von Erwerbslosen, diese dürfte zwecks Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aber noch wirksamer sein. Zurzeit ist es den Anwohnern der Straße B fast unmöglich, den Weg zu passieren.

Die A-Straße auf dem Bahnhofsgelände erhält jetzt ihr erstes Haus. Wie wir hören, sind weitere Bauten geplant. Die Straße schneidet den Bogen der Gnadauer Chaussee um ein bedeutendes ab und dürfte, erst einmal ausgebaut, den gesamten Personenverkehr von und zum Bahnhof an sich ziehen. Vorläufig ist dort nur ein schmaler Weg, der zum Bahnhof führt, den bei diesem Wetter zu benutzen eine Strapaze und eine Strafe ist. Das hohe Grundwasser sorgt dafür, daß er von seiner feuchten flebrigen Oberfläche nicht frei wird.

Die Vogelmittelfürer zwischen Tschheim und Tiedth am Friederichsberg vorbei sind ein wirksames Bekämpfungsmittel des Insektenungefüßers. Antmann Wehr ist es, der hier auf dem Gebiete des Vogelschutzes geradezu Vorbildliches geleistet hat. Die Krebsammlungen von Frostspanner-Schädlingen in der Tiedthener Heide ergaben als Resultat, daß da, wo keine Mittelfürer für die Vögel vorhanden sind, fünfmal so viel Schäd-linge gezählt wurden, als an den Vogelschutzstellen. Die genauen Zahlen waren 816 und 4332. Die Mittelfürer werden heute nach einem besonders wirksamen System hergestellt. Man sieht, wie wichtig der Vogelschutz ist.

Vermißt. In Werkeich wird seit Sonnabend früh die Ehefrau eines dortigen Gutsbesizers vermißt. Sie war seit langem schwermütig und lebte in der Furcht, geisteskrank zu werden. Wahrscheinlich hat sie in der Saale Erlösung von ihren Mitten gesucht.

Kinderuntersuchung. Der Kreisarzt untersuchte die Kinder der Werkeicher Schule. Das Ergebnis der Untersuchung war geradezu katastrophal. Nur 15 Prozent der Kinder konnten als gesund bezeichnet werden. Viele leiden an Drüsen und Skrof-felose. Bei den meisten wird die Zahnpflege völlig vernachlässigt. Das schwerste Kind der Schule wog 107, das leichteste nur 34 Pfund. Das Ergebnis ist so ähnlich wie in Barbh. Bei den hiesigen Schul-kräften wurden vom Schularzt fast durchgängig Drüsenkrank-ungen festgestellt. Auch hier liegt die Zahnpflege zumeist im argen. Der Elternrat hat sich schon für einen Schuljahrarzt ausgesprochen.

Neue Erbschaften sind in Glunde Wilhelm Krause (Stellvertreter), und in Kömmelie Otto Fabian.

Biere

Im Vortragabend der Partei spricht Bürgermeister Genosse Strobel (Salbe) im Lokal bei Heinrich Cannelmann über Ge-meindepolitik.

Salbe

Volkverein. Am gutbesetzten Saale von Seize fand am Montagabend die Generalversammlung der Parte. statt. In Stelle des erkrankten 1. Vorsitzenden, Genossen Richter, leitete Genosse Wünsche die Versammlung. Infolgedessen konnte ein Jahres-bericht nicht gegeben werden. Genosse Prüfer gab den Kassen-bericht. Er konnte feststellen, daß auch bei uns eine Verringerung in der Parteibewegung eingetreten ist. Mitglieder sind vorhanden 149 männliche und 181 weibliche. Als 1. Vorsitzender wurde der Genosse Karl Richter einstimmig wiedergewählt. Genosse Prüfer bleibt Kassierer und Karl Scharrf Schriftführer. In den erweiterten Vorstand wurden gewählt die Genossinnen Richter, Burghardt und Veria Kühnhaß sowie die Genossen G. Kühnhaß, Schiller und Köster, als Beisitzer die Genossinnen Gorges und Müller sowie Genosse Wehling. Der Bil-dungsausschuß wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung ein-stimmig wiedergewählt, ebenso wurden wiedergewählt die Ver-tricksführer. Als Delegierte zum Kreisparteitag wurden ein-stimmig gewählt die Genossen Gorges und Genosse Richter. Zum Kreisparteitag eingegangene Anträge lösten eine lebhaft e Debatte aus. In derselben beteiligten sich die Genossen Schiller, Scholz, Franz, Kölling, Hammermann, Dr. Dietrich, S. Diederich, Kreutzhammer, Prüfer, Kreisdamann, Paul, Köster und Müller. An-schließend gab Genosse Schiller einen eingehenden Bericht von der letzten Stadtverordneten-Versammlung. Er fand treffende Worte für das Verhalten der Kommunisten. Es wurde noch auf die am 5. Februar stattfindende Jahreshauptversammlung der Kriegsschädigten hingewiesen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratische Partei wurde die in allen Punkten interessante Versammlung geschlossen.

Trohje

Brand in einem Gehöft. Am Montag vormittag 11 1/2 Uhr ertönte Feueralarm. Es brannte in dem eine viertel Stunde von Trohje entfernt gelegenen Gehöft des Landwirts Holze. Unserer Feuerwehr war hier zum erstenmal Gelegenheit gegeben, der Frohfer Einwohnerchaft den Vorteil einer gut organisierten Wehr vor Augen zu führen. Diese Feuerwehr hat sie glänzend be-standen. Ihrem schnellen und tatkräftigen Eingreifen ist es zu ver-danken, daß nicht Stall und Wohnhaus dem Feuer zum Opfer fielen. Die erste Hilfe leistete die Schiffswertt Weisse, die mit der gesamten Belegschaft Vieh und Hausgerät in Sicherheit brachte. Der Wassermangel hätte sich wohl nicht so fühlbar gemacht, wenn man sämtliche Landwirte, die im Besitz von Jauchensässen sind, sofort benachrichtigt hätte. Die Frohfer Pumpe hatte nicht die Zugkraft, aus dem tiefen Brunnen das Wasser zu pumpen. Trotz alledem gebührt der Firma Weisse und der Feuerwehr Anerkennung. Im Dienstag morgen konnte die Feuerwache zurückgezogen werden. Die Entstehungsurache ist bis jetzt noch nicht festgestellt. Das Feuer hatte auch Unglücksfälle zur Folge. Am Magdeburger Tor kam ein Radfahrer dem Wasserwagen der Feuerwehr zu nahe. Das Rad wurde sehr stark beschädigt. Der Radfahrer selbst

kam ohne Schaden davon. In Magdeburg kam der Motorrad-fahrer, der den Herrn Holze benachrichtigen wollte, zu Fall. Auch hier gieng das Rad in Trümmer, der Fahrer kam mit kleinen Haut-verletzungen davon.

Löbberburg

Frauengruppe am Donnerstag den 3. Februar, abends 8 Uhr, bei Fied Frauenabend.

Schönebeck

Der Bürgerverein will tonangebend sein in kommunalen Angelegenheiten, obwohl er nur einen bestimmten Teil der Ein-wohner umfaßt. Wie die hiesigen Blätter berichten, ließ man Sturm gegen die vom Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung beschlossene Errichtung eines Hallenschwimmbades und die Anlage von Sportplätzen. Erst soll die Kanalisation des südlichen Stadtteils durchgeführt werden. Besonders war es der frühere Stadtrat G e h r h a r d t, Friedrichstraße, der die ange-nommene Magistratsvorlage zerplüßte. Es wäre viel besser gewesen, Herr Gehrhardt, wenn Sie die furchtbaren Schwierig-keiten mit Vad Salzmann sachmännlich geahndert hätten, um die Anwohner auch auf die hohen Kosten aufmerksam zu machen. Die Kanalisation des südlichen Stadtteils muß und wird auch erfolgen, für die heranwachsende sportliebende Jugend aber hat die Stadt bisher nur wenig getan, woran auch der frühere Stadt-rat Stadtverordneter G e h r h a r d t schuld hat. Die Sport-bewegung und die gesamte heranwachsende Jugend begrüßen es aufs freudigste, daß Magistrat und Stadtverordnete endlich Baueinrichtung und Sportplätze schaffen wollen. Mag der Bürger-verein dagegen zernern! Die Vorlage muß nach den Beschlüssen der Stadtverordneten durchgeführt werden. Deswegen kann das Problem der Kanalisierung des südlichen Teiles ruhig beachtet werden. Die Anregung des Bürgervereins, wieder eine amtliche Ratswage aufzustellen, ist seit Jahren eine Forderung der sozial-demokratischen Fraktion und wäre vielleicht schon verwirklicht, wenn die Sozialdemokraten im Magistrat die Mehrheit hätten. Die Errichtung einer solchen Wage ist eine dringende Notwendig-keit, wo die Stadt ein großer Abnehmer von Waren ist. Wir sind der Meinung, daß die Wage sich in einem Jahre schon bezahlt machen würde. An alle Sportvereine aber ergeht der Ruf: Seid auf der Hut, vertretet der Öffentlichkeit gegenüber dem Bürgerverein die gefassten Beschlüsse der städtischen Körper-schaften!

Das Blatt des Volkes

ist die
Volkstimme!

Für
Demokratie, Republik, Sozialismus, Freiheit und Frieden.

Wer dazu steht, lese die

Volkstimme!

Bevölkerungsbewegung. In der Zeit vom 16. bis 31. Januar fanden 7 Eheschließungen statt. Geboren wurden 14 eheliche, 2 uneheliche Kinder, und zwar 11 Knaben, 5 Mädchen. Davon totgeboren 2. Gestorben sind 16 Personen. Zugezogen sind 102, fortgezogen 94 Personen, so daß sich die Bevölkerungszahl um 8 Personen vermehrt hat. Die Einwohnerzahl beträgt am Schluß des Januar 21 498.

Die große Anleihe. Wie wir erfahren, ist die in der letzten Stadtverordneten-Sitzung beschlossene Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Mark von der Regierung genehmigt.

Gichttage ab 8. Februar. Vom 8. Februar an werden Gicht-tage in der Eichnebelstraße, Bodengasse 8, abgehalten. Siehe Be-kanntmachung.

Steuertermine im Februar (Stadthaus, Steuerkasse). Schul-geld bis 3. Februar, Grundvermögens- und Hauszinssteuer bis 15. Februar, Kanalbenutzungsgebühr bis 15. Februar, Gewerbe-steuer vom Ertrag und Kapital bis 15. Februar.

Stajfurt

Weltliche Schule. Die Freunde der weltlichen Schuler-ziehung haben sich zusammengeschlossen, um zu Eltern eine Sammelschule zu beantragen. Alle Genossen, die für Schul- und Kulturfortschritt eintreten, werden gebeten, ihre Kinder für die neue weltliche Schule beim Genossen Heinze, Pöckerstraße Nr. 6, anzumelden.

Stadtkreis Wickersleben

Die städtische Figurenbühne gewährt durch einen kurzen Be-richt einen „Blick hinter ihre Kulissen.“ Vor 6 Jahren wurde das Theater als eine kommunale Einrichtung ins Leben gerufen. Im Geschäftsjahr 1926 fanden 35 Vorstellungen statt. Sie waren von 3300 Personen besucht. Das ergibt je Vorstellung 151 Besucher. Sie verteilten sich auf 3974 Kinder und 1325 Erwachsene. An Ein-trittsgeldern usw. wurden 1720 Mark eingenommen. Darunter befindet sich ein Zuschuß aus dem Theaterfonds von 300 Mark. Das Theater hatte eine Weile unter der Konkurrenz der Licht-spielhäuser zu leiden. Es scheinen sich aber keine Verhältnisse wie-der zu bessern. Den Kindern machen die Vorstellungen viel Spaß.

Kreis Quedlinburg

Unterbezirksstag.

Am 13. Februar, vormittags 9 Uhr, findet in Fr. Böc-necke (Restaurant Faust) der Parteitag für den Unterbezirk Quedlinburg statt. Jeder Delegierte hat Mandat und Mitglieds-buch als Ausweis mitzubringen. Die Unterbezirks-Vorstands-sitzung findet bereits am Sonnabend den 12. Februar, nach-mittags 4 Uhr, in Fr. Börnede (Restaurant Beiermann) statt. Im Auftrag des Ortsvereins Fr. Börnede ladet das Parteisekretariat alle Delegierten ein, soweit es irgend möglich ist, schon am Sonnabend den 12. Februar einzutreffen, um an dem Ent-fangensabend, der im Restaurant Faßel stattfindet, teilnehmen zu können.

Aus der Ullmark

Öffentliche Frauenversammlung am Sonntag den 6. Ja-nuar, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal der Frau Schürle. Alle republik-anisch denkenden Frauen sind eingeladen. Es soll eine sozialisti-sche Frauengruppe gegründet werden. Referent ist Genosse Weis-phaal (Gardelegen).

Achtböringe-Börigis

Generalversammlung Freitag den 4. Februar, abends 8 Uhr, bei Peitge in Börigis. Vorstand- und Delegiertenwahlen und Vortrag des Parteisekretärs Genossen Müller (Stendal) über „Besitzbürgerrecht und wir“. Am 7. Uhr Sitzung des Ortsver-standes im Versammlungslokal.

Stadtkreis Stendal

Kommunisten für Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung. Heber eine von einigen Kommunisten zu Sonnabend einberufene Erwerbslosenversammlung berichtete das Leitblatt der Kommuni-sten und indifferenter Erwerbslosen, der „Ullmark“. In dem Bericht, der doch wohl der Zeitung von der Versammlungsleitung

geliefert ist, heißt es u. a. wörtlich: Gefordert wurde eine Erwerbslosenfürsorge, die Arbeitslosenunterstützung sei abzulehnen. Die Fürsorge müsse unter Aufsicht von Erwerbs-loseräten gestellt werden. Zu diesem Zwecke werden fünf Erwerbslose gewählt, die über diese Frage mit Ober-bürgermeister Dr. Schüge verhandeln sollen. Also es wird mit Oberbürgermeister Dr. Schüge verhandelt über Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung, dessen Zustimmung ist gewiß, dazu ist wohl keine Verhandlung nötig. Die Fürsorge ist nur für die kontrollierenden Räte der Erwerbslosen, an der Spitze ein gewisser Stöhl aus Wahrenburg. Wollen die Erwerbslosen wirklich nicht erkennen, wie sie gemißbraucht werden von allerlei unverantwor-tlichen Leuten und politischen Phantasten? —

Die teuern Patentversicherungen. Ein oftmals Bestrafter muß wiederum, diesesmal in einer Berufungsverhandlung, auf der Anklagebank Platz nehmen. Es ist der Zeichner Paul S. aus Breslau, der neunmal bestraft ist und am 26. November 1926 vom hiesigen Schöffengericht wegen Betrugs zu 6 Monaten Gefängnis bestraft wurde. St. betrieb Patentversicherungen. Damit kam er auch im April v. J. nach Falkenberg zu Frau König. Er gab an, ein Angestellter des Heberlandwerkes Gardelegen zu sein und als solcher mit Patentversicherungen zu reisen. Das Stück sollte 4 Mark kosten. Die Frau kaufte davon zwei Stück. Zu ihrem Nachteil mußte sie jedoch erfahren, daß diese Versicherungen im Kleinhandel nur 1 Mark das Stück kosten. Sie erlitt die Anleihe. St. hatte ihr auch vorgezwängt, daß er bereits im Dorfe mehrere solcher Dinge umgelegt habe. Alle Angaben waren jedoch Schwindel. Der Angeklagte gibt an, er habe der Frau nur ge-sagt, die Versicherungen seien vom Werk zugelassen. Das Gericht milderte die Strafe auf 3 Monate Gefängnis und Belastung mit den Kosten des Berufungsverfahrens.

Das Verzeichnis der beitragspflichtigen Vierde- und Rindvieh-besitzer liegt vom 2. bis 15. Februar im Zimmer 10 des Rathhauses während der Dienststunden zur Einsicht aus. Einsprüche sind schriftlich oder mündlich bis spätestens 25. Februar anzubringen. Jüger Johanniterkrankenhaus Ido Nahstedt aus Wolpfelde.

Vom Stadttheater. Am Mittwoch (heute) die Operette „Der fidele Bauer“ mit der Operettensängerin Julia Donat als Gast, für Gruppe A. Am Donnerstag dieselbe Operette für Gruppe B. Am Freitag der Militärchor „In Vertretung“. Es spielt Heinz Tsch mit, ehemaliges Mitglied der Stadttheater Sing-, Oppeln-, Matibor usw., der sich um eine Anstellung als 1. Held und Lieb-haber bewirbt.

Tod durch Kohlenoxydgasvergiftung. In den Folgen einer Kohlenoxydgasvergiftung verstarb am Montag nachmittag im hie-sigen Johanniterkrankenhaus Ido Nahstedt aus Wolpfelde.

Diebstahl führte den Arbeiter Martin S. vor die Schranken des Gerichts. Der Angeklagte, der bei dem Landwirt Köhn in Lüderitz in Arbeit stand, hat dort ein Hans, 4 Sühner und 1 Zentner Korn entwendet. Die Hans geflohen zu haben, gibt S. zu, jedoch nicht die beiden andern Straftaten. Das Gericht verurteilte ihn kostenpflichtig zu 2 Wochen Gefängnis.

Das Fahrrad seines Arbeitgebers hat der Dienstmagd Friedrich A., zugeht in Hohenleben, zur Bezahlung einer Zechen verkauft. Er mußte sich deshalb vor der Strafkammer in Stendal wegen Diebstahls verantworten. Der Angeklagte, der bei dem Landwirt Müller in Damm beschäftigt war, gibt an, er wollte sich das Fahrrad nur borgen, um damit zum Vergnügen zu fahren. Er hat es aber seinem Arbeitgeber nicht wieder zurückgegeben, sondern in sogar von seiner Stelle gegangen. Auf dem Ver-gnügen machte der Angeklagte eine Zechen, so gab er weiter an, und um diese in Höhe von 21 Mark zu begleichen, tauchte er das Fahrrad ein für 30 Mark. Das Gericht verurteilte ihn zu 3 Mo-naten Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens.

Wegen Beamteneubildung muß der Klempner Werner B. aus Stendal auf der Anklagebank Platz nehmen. Mit der Bahn-steigkarte hielt sich der Angeklagte im Wartesaal auf dem hiesigen Hauptbahnhof auf und zechte dort herum. Der diensttunende Po-lizeibeamte forderte ihn auf, den Bahnsteig zu verlassen, was B. unter größtlichen Schimpfwörtern verweigerte. Er hat sich deshalb der Beamteneubildung schuldig gemacht. Das Gericht verurteilte ihn zu 50 Mark Geldstrafe.

Aus dem Merseburger Bezirk

Der Meineid eines Agrariers. Wie heilig der Eid unter Anrufung Gottes manchen Stäben unserer Gesellschaft ist, zeigte eine Verhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht. Der Ge-werbetreuer Döbald hatte während der Schonzeit ein Reh-lah geschossen und hatte deshalb einen Strafbescheid von 20 Mark erhalten. Tatsächlich war aber nicht er, sondern sein Bruder Lito, der in Weimar ein 250 Morgen großes Gut besitzt, der Schütze. Anstatt nun das kleine Jagdvergehen einzugehen, be-schwor er vor dem Merseburger Schöffengericht, daß er das Reh-jell vom Arbeiter Franz Günther erhalten habe. Er hatte auch vorher mit diesem vereinbart, daß der von ihm abhängige Arbeiter jagen sollte, er habe das bereidete Tier gefunden. Das Reh-jell habe er seinem Hunde gegeben, während er das Fell dem Gutsbesitzer ausgehändigt habe. Der Gutsbesitzer ließ durch Günther auch das Dienstmädchen Marie Gneiß aus Freirada beeinflussen, daß sie bezeugen solle, sie habe gesehen, wie Günther das Fell dem Gutsbesitzer gegeben habe. Ihr wurden für diese Aussage 1000 Mark versprochen. Vor dem Merseburger Schöffengericht sagten dann der Arbeiter und das Dienstmädchen in dem Sinne aus, wie ihr Herr es gewünscht hatte. Als sie aber hier-auf unter dem Verdacht des Meineides verhaftet wurden, ge-standen sie, daß sie vom Gutsbesitzer Döbald hierzu angestiftet worden seien. Das Schwurgericht verurteilte daher jetzt den Gutsbesitzer wegen Meineides und wegen Anstiftung dazu zu zwei Jahren Zuchthaus. Das Dienstmädchen erhielt die Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus zubüßert, während Günther mit 6 Monaten Gefängnis davonkam. Und das alles wegen eines Strafbescheids von 20 Mark, die der „notleidende“ Agrarier sparen wollte.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bevorst. Am Freitag den 4. Februar, abends 8 Uhr, beim Kameraden Saage Generalversammlung. Wer unentschuldig fehlt, muß danach rechnen, daß er als Mitglied gestrichen wird.

Stendal. Mitgliederversammlung am Freitag den 4. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal.

Neuhaldensleben. Generalversammlung am Freitag den 4. Februar, abends 8 Uhr, bei Herzog.

Kreis Banzleben. Am Sonntag den 13. Februar, vormittags 10 Uhr, tagt in Schwaburg beim Gastwirt Kronefeld die außerordentliche Kreisversammlung. Alle Ortsgruppen müssen Vertreter entsenden.

Niederh.-Deyrothsberge. Am Freitag den 4. Februar, abends 8 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung in der „Reintraube“. Die Kameraden, welche Eisenbahn sind, müssen wegen einer wichtigen Besprechung alle zur Stelle sein, ebenso die Kameradschafts-, Zug- und Gruppenführer. — Am Sonntag Verbeleg. Anreten um 1 Uhr in der „Reintraube“. Keiner darf fehlen.

Kreis Jerichow 1. Sonntag den 13. Februar, vormittags 9 Uhr, in Biederitz in der „Reintraube“ treffen sich sämtliche Vorstände des Kreises zur Kreisversammlung. Heimelt jun., Kreisleiter.

Regist 1 Burg. Am Sonntag den 6. Februar, vormittags 9 Uhr, im Zehnhäuser Bezirksklubversammlung. Die Spielleute der Gruppen Gütten, Pörsdorf, Hleburg, Schartau und Edermen haben vollständig zu erscheinen. Erich Siegmund, Bezirksleiter.

Aus der Buchhandlung Volkstimme

Gelegenheitskauf! (Mob. Antiquariat.)

Blattdeutsche Volksmärchen. — Nordische Volksmärchen (2 Bände). — Französisch Märchen. — Russisch, Volksmärchen (2 Bände). — Russische Weltmärchen. — Chinesische Märchen. — Buddhistische Märchen. — Kaufmännische Märchen. — Arabische Märchen. — Malaiische Märchen. — Indianer-Märchen aus Südamerika. — Grimms Märchen und Hausmärchen (2 Bände). — Deutsche Märchen seit Grimm. — Sibirische Märchen. — Jeder Band sechs bis sieben Mark. Gebunden 8 Mark. 3 o s a m m e n: Winter Abend. — 4 o s a m m e n: Fellamatorium für Hans und Bel. — 3 o s a m m e n: Unarige Russenmärchen. — 3 o s a m m e n: Amors Rosenkranz. — Jeder Band sechs bis sieben Mark. Gebunden 8 Mark. — 2 e b o d o r S t o r m: Novellen. 6 Reinenbände 12 Mark.

